

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 2,50 M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 2,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Kreuzband bezogen für Deutschland und Österreich 12,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Preis für Ausland: 20,00 M., per Brief für Deutschland und Österreich 20,00 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Anzeigenzeile oder deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Zustellungsgeld. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Zustellungsgeld. Familien-Anzeigen und Stellen-Befehle in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516 4802, 4635, 4649, 4824.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Deutsche Arbeiter in Rußland

Von Wilhelm Dittmann

Wer nicht hören will, muß fühlen. Wie oft ist nicht in Deutschland seit Jahr und Tag gewarnt worden, unter den jetzigen Verhältnissen nach Rußland auszuwandern. Alle solche Warnungen, mochten sie nun ausgehen von irgend welchen Instanzen oder Organen unserer Partei oder von dem Vertreter der Sowjetregierung in Berlin, wurden nicht beachtet, oder gar als Zeichen von Rußlandfeindschaft oder Unfähigkeit, das eigene Land zu vertreten, ausgegeben. Jetzt ist der erste Transport deutscher Arbeiter, die allen Warnungen zum Trotz nach Rußland ausgewandert sind, dort eingetroffen und ist nun aus das bitterste enttäuscht über die Verhältnisse, die er in Rußland vorgefunden hat.

Der Zufall fügte es, daß unsere Delegation nach Moskau auf der Reise von Stettin nach Reval denselben Dampfer benutzte wie der Auswanderertransport. Er war veranlaßt von der Interessengemeinschaft deutscher Auswanderervereine in Leipzig und setzte sich zusammen aus Arbeitern aus Leipzig, Berlin und Hamburg. Es handelte sich insgesamt um etwa 70 Familien, die als Ansiedler in die nordrussischen Gouvernements Wologda und Wjatka wollten, und um rund 120 Industriearbeiter für die Maschinenbauanstalt in Kolonna bei Moskau. Der Transport war sehr überfüllt zusammengestellt worden. Manche der Auswanderer erzählten, daß sie ihren Hausrat in ein zwei Tagen hatten loschlagen müssen, um nur noch mitkommen zu können. Die Pässe der Auswanderer waren nur bis Reval in Ordnung, eine Durchreiselerlaubnis durch Estland war nicht vorhanden. Als wir nach dreitägiger Seereise in Reval landeten, bemühten wir Abgeordnete uns deshalb, von der estländischen Regierung für die Auswanderer die Durchreiselerlaubnis zu erwirken. Zwei Tage lang verhandelten wir mit dem Außenminister, dem Innenminister, riefen den Ministerpräsidenten und den Präsidenten der Nationalversammlung an und erreichten dann schließlich, daß der Transport über Hungerburg—Karma, dem estnischen Hafenort kurz vor der russischen Grenze, Estland passieren konnte. Wir selber fuhren von Reval aus durch Estland weiter.

Später erfuhren wir in Moskau, daß die für Wologda-Wjatka bestimmten Ansiedlerfamilien vorläufig in Petersburg geblieben seien und daß sie höchstwahrscheinlich nicht in jene nördlichen unwirtlichen Gegenden, sondern wahrscheinlich in die Umgegend von Moskau kommen würden. Von den Industriearbeitern hörten wir, daß sie in Kolonna angekommen seien, daß sich aber sofort Differenzen mit ihnen ergeben hätten. Ein Teil von ihnen weigerte sich, zu arbeiten und wollte zurück nach Deutschland. Es sei ihnen in Deutschland alles ganz anders geschildert worden, ihnen sei gesagt worden, daß sie in eine kleine Fabrik für sich kämen, die sie selber verwalten sollten, daß Wohnungen für alle vorhanden seien, daß die Ernährung gut und reichlich sei, und jetzt sei nichts von alledem wahr. Von den russischen Arbeitern seien sie sehr unfreundlich empfangen worden. Man habe gefragt, ob sie gekommen seien, den russischen Arbeitern das letzte Brot wegzunehmen, ob sie die Plätze der russischen Arbeiter einnehmen wollten, damit diese in die Schützengräben geschickt werden könnten usw. Wegen ihrer Weigerung in der Fabrik, die nach ihrer Meinung völlig verwaorlost sei und in der die Arbeiter selber nichts zu bestimmen hätten, zu arbeiten, seien sie von der Fabrikverwaltung und von einem Vertreter der Sowjetregierung als „Konterrévolutionäre“ beschimpft worden.

Wir hatten ohnehin die Absicht, die Maschinenfabrik in Kolonna zu besichtigen und wurden durch diese Mitteilungen natürlich in unserm Voratz bestärkt. Am Sonnabend, den 7. August, fuhren wir per Auto nach dem 110 Kilometer südöstlich Moskau am Zusammenfluß der Moskwa mit der Ota, die in die Wolga mündet, gelegenen, ca. 20.000 Einwohner zählenden Kolonna. Bei unserem Rundgang durch die Fabrik, die früher 17.000, jetzt ca. 5000 Arbeiter beschäftigte, fanden wir bestätigt, daß der Zustand des Betriebes sehr viel zu wünschen übrig lasse. Arbeitsstücke und Werkzeuge lagen vielfach defekt umher, Maschinen, die still standen, waren offensichtlich verwaorlost. Die deutschen Arbeiter, die in der Fabrik arbeiteten, sagten uns, daß alles furchtbar langsam gehe und schlecht funktioniere. Trotzdem unter den schlechten Ernährungs- und Betriebsverhältnissen nicht richtig arbeiten könnten, schaffe einer von ihnen ebensoviel als fünf Russen. Die russischen Arbeiter seien teils zwangsweise aus den Dörfern zur Arbeit geholt, teils kämen sie freiwillig, um das Anrecht auf einen „Pajos“ zu bekommen, die Lebensmittelration, die im Betriebe verabsolgt wird. Von Interesse an der Arbeit sei keine Spur bei ihnen, sie suchten die Arbeit im Gegenteil zu sabotieren, ebenso offensichtlich ein Teil der Fabrikangestellten. Nach einer halben Stunde hielten sich die russischen Arbeiter hin und drehten sich eine halbe oder auch eine ganze Stunde lang Zigaretten, rauchten und plauderten und fingen dann allmählich wieder zu arbeiten an. So gehe das den ganzen Tag. Es falle ihnen

#### Der Generalstreik in Württemberg

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Stuttgart, 30. August.

Eine Betriebsräte-Vollversammlung saß heute abend folgenden Beschlus:

Die Betriebsräte-Vollversammlung erklärt, daß der Streik nicht um den Steuerabzug geht, woraus folgt, daß die Arbeiterchaft unter dem Zwang der Verhältnisse den Steuerabzug anerkennt. Sie fordert die Regierung auf, nunmehr eine klare Erklärung zu geben, ob sie gewillt ist, in Gemeinschaft mit der Vereinigung württembergischer Arbeitgeber und dem Aktionsausschuß noch heute über die ihr gestern übermittelten Forderungen bezüglich der Zurückziehung der Truppen, über Einstellung aller Arbeitnehmer, keinerlei Maßregelungen aus Anlaß des Generalstreiks weder jetzt noch in Zukunft, die Zahlung der Lohnausfälle, in Verhandlungen über Vorschläge zur Aenderung des Steuergesetzes einzutreten. Die versammelten Betriebsräte erklären, bis zur Erfüllung dieser Grundbedingungen für den Generalstreik und seine Ausbreitung nach wie vor zu wirken.

Die Meldung der Berliner „Roten Fahne“ vom Sonntag, daß das eigentliche Objekt des Kampfes die politischen Arbeiter seien, ist irreführend. Der Kommunist Rüd hat heute in einer öffentlichen Versammlung eine diesbezügliche Erklärung abgegeben und die Meldung der „Roten Fahne“ desavouiert.

Die Beteiligung des gesamten Eisenbahnerpersonals steht für morgen zu erwarten. Die Lokomotivführer Stuttgarts und ein Teil der Werkstättenarbeiter haben sich bereits heute dem Streik angeschlossen. Gegenwärtig schweben Verhandlungen mit der Regierung.

Die Antwort der Regierung vom 30. August lautet: Aus der heutigen Erklärung der Betriebsräte-Vollversammlung, daß der Kampf nicht um den Steuerabzug geht und daraus folgert, daß die Arbeiterchaft unter dem Zwang der Verhältnisse den Steuerabzug anerkennt, sieht die Regierung, daß die Betriebsräte-Vollversammlung den bisher von ihr und den Steuer verweigern den Arbeitern angenommenen Standpunkt aufgibt. Die Regierung bemerkt, daß die Anerkennung des Steuerabzuges in einer die bisher Steuerverweigernden Arbeitnehmer verpflichtenden Weise gegen künftige Verhandlungen erfolgen muß. Die Antwort der Regierung vom 28. d. M. legt dar, wegen der Uebereinstimmung der Massen der streikenden Arbeiter wird nochmals auf den Weg der Verhandlung mit den Arbeitgebern verwiesen. Die Regierung ist auf Anruf bereit, sich an diesen Verhandlungen zu beteiligen. Sieber, Staatspräsident.

Damit treibt die Regierung ihr Doppelspiel weiter. Sie weiß, daß der Kampf in erster Linie um die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter geht. Nachdem sie sich zum Anwalt der Großindustriellen gemacht hat, versucht sie jetzt, die Arbeiter der Wilt für ihrer Auftraggeber auszuliefern.

In Stuttgart ruht alle Arbeit. Die Zeitungen erscheinen nicht, der Aktionsausschuß der Betriebsräte gibt ein Mitteilungsblatt heraus. Die Regierung versucht die Herausgabe eines sogenannten Einheitsblattes, das den Regierungsinteressen dienen soll. Das Verkehrs- und die Straßenbahnen liegen still, Gasthäuser und Schankwirtschaften sowie sämtliche Kinos und große Warenhäuser sind geschlossen, die öffentlichen Gebäude durch Regierungstruppen besetzt. Die technische Rothhilfe hält seit heute vormittag die Stromversorgung aufrecht. In den größeren Industriebezirken des Landes Heilbronn, Göttingen, Kreuzlingen, Göttingen, Wiebighheim, Backlang, kurz, im ganzen Lande ist die Arbeiterchaft im Zustand.

Wie die Regierung die Steuern der Besizenden eintreibt, geht daraus hervor, daß die Firma Daimler der Stadtgemeinde Stuttgart seit 1/2 Jahren 1 1/2 Millionen Mark Gemeindesteuern schuldet. So sieht die Steuerrelativ gegen die Besizenden aus.

Heute nachmittag kam es zwischen Streikenden und der aufstehenden Polizei und Reichswachttruppen zu einem Zusammenstoß, der jedoch unblutig verlief. Anführer der Menge war ein Spiegel in Matrosenuniform.

#### Die amtliche Regierungserklärung

Stuttgart, 30. August.

Auf die vom Aktionsausschuß der Streikenden der Regierung mitgeteilten Voraussetzungen zu Verhandlungen hat die Regierung heute vormittag folgende Antwort erteilt:

Die Forderung der bedingungslosen Anerkennung des Steuerabzuges vom Lohn wird von der Regierung aufrecht erhalten. Nach der Sicherstellung des Steuerabzuges und des ungehinderten Betriebes der geschlossenen Werke wird die Regierung die Volkshilfe zurückziehen. Die Aenderung des Einkommensteuergesetzes ist Sache des Reiches und des Reichstages. Die württembergische Regierung ist bereit, der Reichsregierung Aenderungsvorschläge zu übermitteln. Das Steuergesetz muß reiflos durchgeführt werden. Unter Einberufung der beteiligten Parteien wird die Regierung bei der Wiedereinstellung der entlassenen oder streikenden Arbeiter mitwirken. An der Ablehnung der Forderung des Lohnabzuges für die Streikende muß die Regierung festhalten. Die bürgerlichen Zeitungen sind gestern und heute nicht erschienen. Die Ruhe wurde bisher nicht gestört.

äußerst schwer, unter diesen Umständen zu bleiben, aber sie wollten versuchen, auszuhalten. Ein Teil ihrer Kollegen habe es abgelehnt, zu arbeiten und wolle zurück. Sehr erbittert waren sie über die Beauftragten der Interessengemeinschaft deutscher Auswanderervereine, die sie unter falschen Angaben zur Auswanderung bestimmt hätten.

Ueber die Betriebsverhältnisse hörten wir von der Fabrikleitung, die aus einem Tischler, einem Maler und einem Angestellten bestand, daß der Betriebsrat ein Organ des Metallarbeiterverbandes sei, aus fünf Mitgliedern bestehe und mit der Verwaltung nichts zu tun habe. Er habe für Arbeiterschutz und Arbeitsdisziplin zu sorgen, die nötigen Arbeiter aus den Dörfern heranzuholen und Aufklärung und Agitation im Betriebe zu treiben. Gearbeitet werde von 8 1/2 bis 1 1/2 Uhr und von 3 bis 5 1/2 Uhr. Die deutschen Arbeiter bekämen größere Rationen als die russischen, und zwar: 1 1/2 Pfund Brot, 1/2 Pfund Fleisch und 1/2 Pfund Hirsegrütze täglich pro Mann, außerdem für alle 120 Mann 16 Pud Grünzeug (Küben, Wurzeln usw.), Kaffee morgens und abends, Salz, Zucker, Tabak, Seifenpulver. Sie könnten selber lochen und baden. Die Einzelheiten sollten noch näher geregelt werden. Der Grundlohn für Angelernte betrage 10 Rubel pro Stunde und steige für qualifizierte Arbeiter bis zu 15,75 Rubel; dazu werde vom 1. Juni ab ein Zuschlag von 50 Prozent gezahlt.

Von einem Abgesandten der Nichtarbeitenden wurden wir zu einer Versammlung dieser Gruppe eingeladen, die in einem größeren Wohnraum, in dem Holzbänke gestellt waren, stattfand. Als Wortführer der Unzufriedenen schilderte zunächst Genosse Fährziß-Oberschöneweide die Lage. Er gab an, daß 80 Mann zurückwollten, 89 seien anwesend, 11 arbeiteten in der Fabrik. Von den Anwesenden seien 40 Mitglieder der U. S. P. D., 13 der K. P. D. und 6 der R. A. P. D., von 10 Parteilosen seien 8 Mitglieder gewerkschaftlicher Organisationen. Sie seien belogen und betrogen worden von den Auswanderungsagenten. Die russische Regierung verweigere jetzt die Rückreise. Die Lebensmittelverhältnisse seien so, daß sie nicht leben könnten. Einige seien schon im Krankenhaus, hätten Blutsputten und

Blut in den Abgängen. „Hier müssen wir verhungern. Das Brot ist schlecht und ungenießbar, es ist voller Häcksel. Die Unterkunft ist ebenfalls schlecht. Erst haben wir hier 4 Tage im Bahnwagen liegen müssen ohne Decken, dann hier in den Häusern, in denen wir jetzt zusammengepfercht sind, 8 Tage ohne Stroh. Wir arbeiten, indem wir für die Gemeinde Notstandsarbeiten verrichten. Wir wollen aber zurück. Man hat uns als „Eindringlinge“ und „Konterrévolutionäre“ bezeichnet.“ Als ich gestern versuchte, auf dem Markt einige Nähnadeln zu 1 Rubel das Stück, die hier sonst 20—30 Rubel kosten, zu verkaufen, um Geld für Lebensmittel zu bekommen, wurde ich verhaftet und erst nach geraumer Zeit wieder freigelassen. Jetzt soll ein Protokoll aufgenommen sein, nach dem ich durch Spekulation 120.000 Rubel verdient hätte. Hier ist kein Kommunismus, was hier ist, taugt zu nichts.“

In ähnlicher Weise sprach dann Genosse Grimm-Plauen. Er habe Haus und Hof mit Gärtnerei in Deutschland aufgegeben. Ihm sei gesagt worden, in Rußland brauche man kein Geld, er sei deshalb mit 8 Pfennigen nach Rußland gekommen, und nun zeige sich, daß man nirgends mehr Geld brauche als in Rußland, denn es fehlen selbst die nötigsten Lebensmittel. Brot und Suppe sind nicht zu essen, dazu die heiße Temperatur, das sei nicht zu ertragen. Durch alle Strapazen seien sie so entkräftet, daß sie außerstande seien, produktiv zu arbeiten. Er habe 35 Jahre für den Sozialismus gearbeitet und sei ausgewandert, Rußland aufzubauen zu helfen und der Weltrevolution zu dienen. Aber der Hunger mache ihm das unmöglich.

Der nächste Redner, Genosse Hartmann-Hamburg, wandte sich scharf gegen die Vertreter der Auswanderervereine und die Kätezeitung, durch die bei ihnen ganz falsche Vorstellungen über die Verhältnisse in Rußland geweckt worden seien. „Wir sollten in die Moskauer Gegend kommen, in eine Fabrik im Walde, die wir allein übernehmen sollten. Für unsere Familien würde gesorgt werden, bis sie auch hier seien. Die russischen Arbeiter trügen Lederanzüge, die Bourgeois gingen in Lumpen. Jetzt ist alles ganz anders. Ich war mit dabei, als wir in Moskau mit der Regierung verhandelten. Sie wußte nichts von

einem Vertrag mit uns. Man hat uns versprochen, uns bis zur deutschen Grenze zu ernähren. Wir warten aber schon 14 Tage vergebens auf den Rücktransport. Die russische Regierung ist unfähig. Wir können es nicht verantworten, unsere Familien nachkommen zu lassen. Wir wollen zurück nach Deutschland."

In einer zweiten Rede sagte Fährlich noch, weitere Transporte nach Russland müssten verhindert werden, ihre Familien müssten in die größte Not geraten, wenn sie unterwegs sein sollten. Die Pässe seien ihnen abgenommen worden, sie wüßten nicht, wo sie seien. Der Verdienst reiche nicht aus. Was seien 11-12 000 Rubel monatlich, wo ein Pfund Butter allein 3500 Rubel koste und alle übrigen Lebensmittel, auch Kartoffeln, ähnlich teuer seien. Sie seien von allem abgeschnitten, nicht einmal Briefe könnten sie nach Deutschland senden. Von Gumblich, dem Vertreter der Auswandererinteressengemeinschaft, sei behauptet worden, Radel habe den Auftrag zu dem Transport gegeben.

Von den Mitgliedern unserer Delegation nahm ich dann zunächst das Wort und erklärte, daß wir bereits, als wir sie auf dem Dampfer getroffen, die Befürchtung gehabt hätten, daß sie schweren Enttäuschungen entgegengehen würden. Hätten sie auf unsere Partei und auf den russischen Vertreter in Berlin gehört, so wären ihnen die Enttäuschungen erspart geblieben. Aber es sei ja in der "Kätezeitung" sogar eine Resolution veröffentlicht worden, in der Koppys Überzeugung aus Berlin gefordert worden sei, weil er sich gegen die Auswanderung nach Russland ausgesprochen hatte. Radel habe mir in Moskau gesagt, daß er gleichfalls stets vor der Auswanderung gewarnt habe und er habe auch jetzt noch schwere Bedenken. Ehe deutsche Arbeiter am Aufbau der russischen Industrie mitarbeiten könnten, müßten verschiedene Vorbedingungen geschaffen werden. Wie die russischen Arbeiter zu leben, sei für den deutschen Arbeiter ohne jeden Übergang, auch normalerweise, unmöglich, besonders aber jetzt. Die dreijährige Blockade Deutschlands gegen Russland, dann die Ententeblockade, der Krieg und die Konterrevolution hätten Russland in einen Zustand der Not versetzt, der von deutschen Arbeitern gar nicht ertragen werden könne, trotzdem sie im Kriege und nachher auch gehungert hätten. Die Landwirtschaft sei rüstlos, läge darnieder, das Transportwesen ebenso. Dazu der fortgesetzte Kampf gegen die Konterrevolution und die Entente. Da müßte man auch in Deutschland wissen, wie schwer das russische Volk um seine nackte Existenz ringen müsse. Aber wenn wir das in Deutschland gesagt, habe man es uns nicht glauben wollen, auch nicht, daß große Teile der russischen Bauernschaft beim Wiederaufbau versagt haben, daß sie geistig nicht fähig sind, als selbsttätiger Faktor aufzutreten. So sei es dazu gekommen, daß in Russland eine vollständige Diktatur bestehe. Wer beim Wiederaufbau Russlands unter der Sowjetherrschaft mithelfen wolle, müsse sich in manches Ungewohnte schiden und sich mit Vielem abfinden, das ihm wider den Strich gehe. Von heute auf morgen sei eine Veränderung der jetzigen schweren Lebensbedingungen in Russland nicht möglich. Für deutsche Arbeiter seien die Existenzmöglichkeiten kaum eher gegeben, als nicht zwischen Russland und Deutschland die wirtschaftlichen Beziehungen wieder aufgenommen und Vorkehrungen getroffen seien, daß den deutschen Arbeitern der Übergang durch Nachlieferung von deutschen Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln wenigstens für einige Monate erleichtert werde. Wir seien gern bereit, in Moskau für Erleichterungen bezüglich der Ernährung usw. einzutreten und für diejenigen, die zurückwollen, die Heimreise zu befürworten. Wer von ihnen die ersten schlimmen Eindrücke niederkämpfen könne und über eine starke Konstitution verfüge, möge versuchen, zu bleiben. Wenn ich vor 4 Wochen in einer Versammlung in Deutschland ihnen dasselbe gesagt haben würde, dann hätten sie mich wohl kaum ausreden lassen. Jetzt hätten sie es am eigenen Leibe erfahren, wie recht wir mit unseren Warnungen vor einer Auswanderung nach Russland unter den jetzigen Umständen hätten. Wir würden aber selbstverständlich für sie tun, was wir könnten und auch in Deutschland ernst über die Sache reden.

Nach mir sprach Genosse Dümmig, der erklärte, daß er meinen Ausführungen zustimme. Die Interessengemeinschaft habe Illusionen geweckt, die nicht erfüllt werden könnten. Man dürfe nicht vergessen, daß die Russen noch vor Kurzem Leibeigene, "zweibeinige Tiere", gewesen und daß die Jarenwirtschaft, der Weltkrieg und der Bürgerkrieg trostlose Zustände geschaffen hätten. Er verleihe die Klagen über die schlechte Ernährung usw. sehr wohl. Ein Deutscher könne das Brot, das etwa aussehe, wie unser Torf, kaum essen, aber man müsse versuchen, sich in das Unvermeidliche zu schiden. Es dürfe nicht vergessen werden, daß es gelte, Pionierarbeit zu leisten für die Revolution und daß wir in einem weltgeschichtlichen Wendepunkt ständen. Viele Anwesenden hätten schon 4 Jahre Schützengrabeneiland für den Kapitalismus ertragen, da müßten sie auch Leiden für die Revolution ertragen.

Genosse Crispian verwies ebenfalls auf die Schwierigkeiten, unter denen Sowjetrußland kämpft und die furchtbaren Leiden, die die Übergangszeit zum Sozialismus dem Proletariat überall auferlegt. Wer körperlich und geistig stark und fähig dazu sei, müsse versuchen, auszuhalten. Die russischen Arbeiter bekämen ja selbst das noch nicht, was ihnen, den deutschen Arbeitern, jetzt gegeben werde, sie litten noch größeren Mangel. (Zuruf: "Die bringen Lebensmittel aus den Dörfern mit".) Crispian versprach ebenfalls, in Moskau für die deutschen Arbeiter einzutreten.

Der russische Genosse Kalakoff, einer der Leiter der Fabrik, hielt dann in russischer Sprache eine Rede, die druckweise sofort übersetzt wurde. Sie zeigte, daß dem Redner die Geistesverfassung der deutschen Arbeiter völlig fremd war und ries große Aufregung und Erbitterung hervor. Er suchte die Unzufriedenheit der deutschen Arbeiter als unbegründet hinzustellen, bezeichnete die jetzigen Verhältnisse in Russland als besser gegenüber denen unter dem Zarismus und sagte weiter: "Noch lebt der russische Arbeiter unter furchtbaren Verhältnissen. Wenn Sie besser leben und eine Ausnahmestellung haben wollen, gibt es große Unzufriedenheit unter den Russen. Denken Sie nicht nur an Ihre eigenen Interessen. (Entrüstungsrufe.) Schauen Sie sich um, es gibt auch Gutes bei uns. Wir kämpfen auf zwei Fronten, Krieg gegen Polen und gegen Wrangel im Süden, einen Kampf auf Leben und Tod. Unsere Besten schiden wir an die Front. Unsere besten Industriearbeiter sind dort. Polen ist schon geschlagen. Wenn wir gekniet haben, wird sich auch hier alles ändern. In dieser schweren Zeit stellt kein Revolutionär Forderungen. Nur Konterrevolutionäre und Bürgerliche (Starke Erregung) und die die Revolution nicht verstehen wollen, oder können, wollen jetzt Vorrechte. Sie sollten uns helfen und Sie sitzen hier und arbeiten nicht. (Zuruf: "Nicht in der Fabrik, aber arbeiten wollen wir.") Die besten Genossen sind an der Front, hier arbeiten jetzt meist Landarbeiter. Sie arbeiten 12 Stunden und mancher bricht ohnmächtig an der Bank zusammen. (Zuruf: "Sie

müssen!" "Sie werden mit dem Gewehr dazu gezwungen." "Sie werden sonst eingesperrt.") Das ist nicht wahr. (Zuruf: "Doch!") Gewalt wird nur gegen diejenigen angewendet, die nicht arbeiten wollen. Ohne Arbeit kein Brot. Ich wundere mich, daß Sie nicht arbeiten wollen, daß Sie der Revolution nicht helfen wollen. (Zuruf: "Wir sind doch Konterrevolutionäre!" "Was wollen Sie? Wollen Sie noch jeder einen Führer? (Der Uebersetzer sagte ab schwächend "Führer" statt "Kindermäßen", wie der Redner gesagt hatte.) Schütteln Sie endlich die bürgerlichen Vorurteile ab, arbeiten Sie mit uns Russen." ("Heim wollen wir.")

Nun versuchte Genosse Stoeder noch beschwichtigend einzugreifen. Er suchte die Stimmung der deutschen Arbeiter zu erklären aus den ersten Enttäuschungen, der furchterlichen Hitze (in Moskau hatten wir an einem Tage 45 Grad Reaumur in der Sonne) und ihrer eintägigen Nötlung. Diese Hitze sei ein anormaler Zustand und werde wieder vergehen. ("Dann sind wir verhungert!") Wenn sie sehen würden, was in Russland geleistet wird, würden sie sagen: "Donnerwetter, wir müssen durchhalten." Es sprachen dann noch von den deutschen Arbeitern D. Bahre-Hamburg: ("Wir haben nur den einen Wunsch: nach Hause!") Baumgarten-Berlin: (Kriegsbeschädigter, tuberkulos, kann Strapazen nicht ertragen, will heim.) Fleischer-Berlin: ("Wir sind nicht unzufrieden, wir wollen heim.") Von unserer Delegation noch Crispian und ich; wir sagten ihnen nochmals, für sie zu tun, was in unseren Kräften liege und verabschiedeten uns dann mit einem "Auf Wiedersehen in Deutschland".

In der nächsten Sitzung des Exekutivkomitees der 3. Internationale, der letzten, an der wir teilnahmen, brachte ich die Sache zur Sprache. Sinowjew, der Vorsitzende des Exekutivkomitees, ebenso Radel und Bucharin, stimmten in der Beurteilung der Angelegenheit völlig mit uns überein und versprachen, dafür zu sorgen, daß den Arbeitern Erleichterungen verschafft und den übrigen die Heimreise ermöglicht werde. Auf dem Heimwege vom Kram zum Hotel sprachen uns dann mehrere der deutschen Arbeiter nachts um 12 Uhr auf der Straße an. Es waren ihrer sieben von Kolonna als blinde Passagiere auf der Eisenbahn nach Rostau gefahren. Sie berichteten, die nicht arbeiten wollten, sollten jetzt auf Hungerrationen gesetzt werden und die Kolonnasarbeiten für die Gemeinde sei ihnen von der Original verboten worden. Am nächsten Morgen ging ich mit Genossen Stoeder und einem der Arbeiter, Genossen Scholz-Berlin, zum russischen Arbeitsminister Schmidt, um Remedur zu fordern. Der Minister selber war auswärts, sein Vertreter, ein Arbeiter Serebrjassoff, sprach nur russisch. Für ihn führte ein deutschsprechender jüngerer Genosse, Danilewitsch, das Wort, der bereits vorher bei den deutschen Arbeitern in Kolonna gewesen und sie dort "Konterrevolutionäre" und "Weißgardisten" tituliert hatte. Er zeigte auch in der Aussprache mit uns so wenig Verständnis für die ganze Situation, daß er den klassischen Ausspruch tat: "Wir können chinesische Kulis und deutsche Arbeiter nicht verschieden behandeln." Ich hielt es unter diesen Umständen für angezeigt, nochmals das Exekutivkomitee aufzusuchen, konnte aber Sinowjew im Kram erst abends antreffen. Dort versicherten er sowohl wie Radel und Bucharin mir im Beisein des Genossen Scholz nochmals, alles tun zu wollen, den deutschen Arbeitern schnellstmöglich zu helfen.

Wie die Dinge sich weiter entwickelt haben, entzieht sich unserer Kenntnis. In Petersburg hörte ich, daß einer der sieben Arbeiter, die nach Rostau gekommen waren, als blinder Passagier in Petersburg gelandet sei und geäußert habe, wenn man in Kolonna nicht bald für Abtransport sorgen werde, würden die Leute alle versuchen, auf diesem Wege zurückzukommen. Hoffentlich sorgen die russischen Genossen, gemäß ihren Versprechungen dafür, daß der geordnete Rücktransport erfolgt, ehe der russische Herbst mit seinen ununterbrochenen Regengüssen oder gar der Winter mit seinen Schneemassen und seiner barbarischen Kälte einsetzt.

## Ostpreussischer Nationalbolschewismus

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Es klingt ungläublich und man stellt es immer wieder kopfschüttelnd fest: die ostpreussischen Weißgardisten schwärmen für die Bolschewiki. Die treuesten Anhänger des Heimatdienstes und der antibolschewistischen Liga, die Baltikamer, die Kappisten — sind heute für die russischen Proletarier, deren deutsche Brüder sie hundertmal niedergeschmettert haben. Sie sind es nicht etwa einzeln, sie sind es alle: die Reichswehr, die Sicherheitswehr, die armen, unausgerüsteten ostpreussischen Landjungen, die verkehrt durch ihre Offiziere, von Dummheit zu Dummheit, von Verbrechen zu Verbrechen taumeln.

Die Bourgeoisie in den Städten ist in einer perversten Kriecherei immer für die gerade Erfolgreichen. Sie war für die Bolschewisten, solange die Russen vorrückten, und sie ist mit bewunderungswürdiger Ordnung wieder in die antibolschewistische Front eingeschwenkt, da die Polen Erfolge haben. Die ostpreussischen Blättchen, die ich hier allein zu Gesicht bekomme und von denen ich mit Sicherheit annehmen kann, daß sie immer noch abschreiben, malen nach kurzer Unterbrechung mit den kaum eingetrockneten Farben die berühmten Gefahren des Bolschewismus, und die rote Armee ist nach zwei Wochen Bewunderung wieder das gerumpelte Gespenst mit der propagandistischen Anfechtungsgesfahr. Man spricht stärker als je noch Soldaten, Einwohnerwehr, Selbstschutz — wer kennt die Namen.

Aber man schimpft nicht nur auf die Bolschewiki, man schimpft womöglich noch lauter auf die Polen. Denn trotz der erneuten ängstlichen Wut gegen Sowjet-Rußland ist die Bourgeoisie nicht polenfeindlich, sondern die polnischen Erfolge sind lediglich die Ursache der Abwendung von den Russen. Es herrscht sogar eine förmlich tollhässliche Erbitterung gegen Polen, die mit allen Mitteln entfesselter nationalpolitischer Instinkte gespeist wird.

Diese Erbitterung ist der Grund, warum die Weißgardisten und andere geistig minderwertige bolschewikfeindlich geworden sind. Diese Leute, die vom Kriege leben, wittern Gelegenheit zur Selbstdarstellung, die eine angenehme Abwechslung in dem ständigen Vergnügen, auf Arbeiter zu schießen, bieten könnte. Sicher haben die Polen im Abstammungsgebiet sich eine Anzahl unerschämter Hebergriffe zuschulden kommen lassen, und in dem nach dem Abzug der Russen wieder besetzten, ehemals deutschen Land, sollen, ich kann es nicht prüfen, alle Greuel des losgelassenen Militarismus haufen; sicher ist der Versailles Friede ein brandendes Unrecht und durch die Schaffung des Korridors besonders für Ostpreußen fühlbar. Aber der Antrieb unserer frischgeborenen Nationalbolschewisten ist im Grunde doch nichts als ein jämmerliche Freude am Blutgeschick.

Die Neutralität, mit der diese Männer Politik treiben, ist dabei wahrhaft erschütternd. Ich habe mit einer ganzen Anzahl Offiziere und Soldaten gesprochen, und immer fand ich jene unläre

Berührtheit, die die Mehelefen unter dem Protektariat in der furchterlichen Beleuchtung rückt. Ihre ganze politische Auffassung ist eine Rangfrage, bei der gehorcht wird, ohne zu fragen. Jemand ein höherer Offizier, der sich veranlaßt fühlt, eine gelebte Dummheit in die Tat umzusetzen, kommandiert — und es entsteht ein Kapp-Putsch oder ein anderes Attentat auf das deutsche Protektariat.

Genau so ist es mit dem Nationalbolschewismus. Keine der Personen, mit denen ich mich unterhielt, war in der Lage, mich eine Ansicht über die Folgen einer neuen kriegerischen Aktion zu sagen. Die Offiziere verhielten sich bischen Intelligenz vorzutäuschen, indem sie den jetzigen Zeitpunkt noch verfrüht hielten. Im übrigen schimpft man auf Polen und glaubt auf den gleichen Haß auch in den Kreisen der Arbeiterchaft spekulieren zu können. Beispielsweise erklärte mir ein Reichswehrladant im selben Atemzuge, man müsse Wilhelm zurückholen und mit den Bolschewiki zusammenschließen; der Mann steht nicht so vereinzelt da, wie man vernünftigerweise annehmen sollte, und da die gestrigen Phrasen von "Ruhe und Ordnung" noch nicht vergessen sind, kann man die tollsten Auffassungen über die Zukunft Deutschlands hören.

Die Arbeiterchaft ist sich über die Ungeheuerlichkeit eines Zusammenschlusses mit ihren geschworenen Feinden völlig im klaren. So oft ich Gelegenheit hatte, mit Genossen zu sprechen, lehnten sie einmütig diese neueste Form des Wahnsinns ab, und es ist vorläufig so gut wie ausgeschlossen, daß es zu einem Bündnis zwischen Wolf und Lamm kommt. Aber es gibt doch auch unter den Proletariern ein paar Wirtsköpfe, die der Haß gegen Polen zu Verirrungen reizt. So fand ich unter einem Trupp übergetretener Koigardisten einen deutschen Arbeiter, der hinübergegangen war, um gegen Polen zu kämpfen — nur darum, wie er mir erklärte, alles übrige sei im Augenblick Nebensache — und dessen kriegerische Laufbahn noch, bevor sie begonnen hatte, nur zu Ende war. Das sind, wie gesagt, Ausnahmefälle, aber es ist notwendig, der Kopf nicht in den Sand des Opportunismus zu stecken und rechtzeitig die Arbeiterchaft vor Dummheiten zu warnen, die ihr Verderben sein würden.

## Wie die Neutralität beachtet wird

Die Kontrollkommission für Waffen, Munitions- und Truppentransporte Berlin-Brandenburg teilt uns mit:

Wie uns mehrere Beamten mitteilen, wird jetzt verschiedentlich versucht, Waffen und Munition in größeren Mengen zu transportieren. So wurden von der Wessensabrik Suhl in Thüringen über Berlin nach verschiedenen Orten, unter anderem auch nach Ditzpach, Gewehre und Munition verschickt. Trotz Einspruch des Betriebsrates ließ der aussichtsbedingende Beamte diese Sachen an die Empfänger passieren. Wie man aber sonst noch verfährt, möge man aus einem Bericht von C. F. K. ersehen, der uns zeigt, in welcher Weise von den einzelnen Beamten die Dinge betrachtet werden.

Es sind in Erster Granathäfen verladen worden, drei Waggons voll, sind abgerollt, ein Waggon halbfertig, Nr. 88746, Breslau, steht noch dort. Auf Veranlassung des dortigen Inspektors Seidel und auf Befehl der Reichsverwertungsstelle sind der dortstehende und die unterwegs durch Telegramm festgehaltenen Waggons wieder freigegeben worden. Abseher ist die Firma Schmidt, Maschinenfabrik Ermer, Königsstraße 62, Empfänger Firma "Horan" in Bogutisch bei Kattowitz. Bogutisch ist schon polnisches Gebiet. Die Granathäfen sind zwar voll, können aber leicht durch Verarbeitung kriegsverwendungsfähig gemacht werden. Bezeichnend ist, daß das Reichsverwertungsamt die Deklaration "Schrott und Einschmelzungsgut" anerkennt und außerdem den Abtransport bringend belurwortet im Interesse der nationalen Volkswirtschaft. Wo unser nationales Interesse in Polen liegt, ist unverständlich, da wir das Einschmelzungsverfahren viel besser besorgen können als das Ausland. Dieser Grund ist vielmehr nur ein Scheinmanöver, um die Kriegskonterbande zu verschleiern.

In Parafello hiermit ist eine Nachricht zu stellen, die folgendermaßen lautet: Im Brandenburgischen Umschlaghafen lagern 1000 Tonnen als Granathäfen bezogene Granathäfen. Eigentümerin ist die Firma Hirsch & Co., Berlin, Schöneberger Ufer 33, Fernsprecher Kurfürst 1009. Das Material ist angeblich aus Spandauer Werksstätten auf dem Wasserwege herbeiführt und soll auf dem Bahnwege nach der Tscheko-Slowakei, Eisenwert Rothen, Reuditz, Station Annatal-Rothen, zum Einschmelzen verschickt werden. Die hiesige Arbeiterchaft ist gewillt, den Weitertransport zu verhindern, weil sie der Meinung ist, daß der angegebene Zweck unmöglich ist und die Granathäfen wieder zu Kriegsmaterial verwendbar gemacht werden können. Ausführbewilligung R. A. 13127 ist nach Frachtdirektorat erteilt, wahrscheinlich vom Reichskommissar für Schrottwirtschaft in Düsseldorf.

Man ersieht daraus, in welcher Weise und mit welchen Mitteln verfahren wird, alles zu umgehen, um die Neutralität zu durchbrechen. Umso mehr hat die Arbeiterchaft alle Veranlassung, diese Art der Verschlebung von Waffen und sonstigem Material zu verhindern.

## Orgefeh staatlich sanktioniert

Aus Königsberg wird uns geschrieben: Wie der Oberpräsident Dr. Siehr bekannt gibt, ist nunmehr zwischen ihm und den Rechtsparteien in der Frage des Selbstschutzes eine völlige Einigung erzielt. Deutschnationale, Volkspartei und Zentrum haben darauf wieder je zwei Vertreter in den Provinzialwehrausschuss gestellt, nachdem sie dieselben einmal bereits zurückgezogen hatten. Mit dieser Einigung ist also die illegale konterrevolutionäre Truppe der Agrarier gelegentlich geworden und wird nunmehr mit Staatsmitteln ausgebaut.

Der Provinzialausschuss besteht aus zehn Personen. Je zwei stellen noch Demokraten und SPD. Zehntenswert ist, daß auch die SPD weiter mitmacht, obwohl ihre Generalversammlung als Voraussetzung für eine Beteiligung paritätische Zusammenfassung aller Ausschüsse und Ausschluß der Orgefeh vom behördlichen Selbstschutz verlangt hatte. Die Rechtsparteien hoffen, daß der Provinzialwehrausschuss eine gute Waffe gegen Ditzpachens innere und äußere Feinde sein wird.

Statt Entwaffnung, wozu die Reichsregierung sich in Spaan hat verpflichten müssen, also der beste Bewaffnung des Junker- und Bürgerturns.

## Schwag

Eine Lokalkorrespondenz weiß zu melden, daß am Sonntag eine Sitzung der "Prekmission der Partei" stattgefunden habe, in der beschlossen wurde, daß über die Rostauer Internationale bis auf weiteres nicht öffentlich diskutiert werden solle. Dann wird mitgeteilt, daß in kürzester Frist eine nichtöffentliche Konferenz stattfinden werde, in der über die Rostauer Besprechungen Bericht erstattet würde.

Es lohnte sich nicht, auf diese Meldung, die von verschiedenen Blättern wiedergegeben wird, einzugehen, wenn nicht der "Vorwärts" sich gleichfalls mit ihrer Wiedergabe blamierete und seinen Lesern erzählte, daß es sehr wahrscheinlich sei, daß die Diskussion unterdrückt werde. Und das, obwohl jede Nummer der "Freiheit" den Beweis des Gegenteils liefert. In Wirklichkeit hat die Korrespondenz aus den Veröffentlichungen der "Freiheit" die beiden Tatsachen entnommen, daß eine Prekmissionsitzung und eine Reichskonferenz stattfinden. Natürlich hat die Berliner Prekmission — eine Prekmission der Partei — den angegebenen Beschlüssen gegehört.





### Ein dringender Mahnruf

Von Paul Schindler.

Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse bezeugen heute viel größerem Interesse in Arbeiterkreisen als vor dem Kriege. Ganz besonders stark pulsiert das geistige Leben bei dem fortschrittlichsten Teil des Proletariats, der organisierten Arbeiterklasse. Das Ringen um Befreiung der kapitalistischen Herrschaft ist aus dem Kreis der theoretischen Erörterungen herausgewachsen und mehr und mehr versucht das Proletariat unmittelbar seinen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge zu gewinnen.

Kein Wunder, daß es in den Zusammenkünften und Versammlungen, in den Betrieben und überall da, wo unter Arbeitern Stellung genommen wird zur politischen Situation, lebhafter zugeht als früher. Daß dabei nicht immer die parlamentarischen Formen Beachtung finden, ist ohne weiteres erklärlich. Ich gehöre nicht zu denen, die bei jeder Gelegenheit über den guten Ton moralisieren, ich werte diese Erscheinungen als die ganz natürlichen Folgen der Verhältnisse, die auf uns einwirken. Unbedingt notwendig aber ist, auch Andersdenkende ruhig anzuhören. Dagegen wird viel gesündigt. Eine Unkultur in der Sprache macht sich allenthalben bemerkbar, die der Sache nicht dienlich ist. Es gibt sehr viele in unseren Reihen, die immer auf die Masse als entscheidenden Faktor hinweisen, auf die Führer schimpfen, aber gleichzeitig sich nicht scheuen, die Meinung anderer zu unterbinden, wenn sie nicht mit ihr übereinstimmen, und den gewöhnlichen Genossen es oft unmöglich machen, ihren Standpunkt zu vertreten. Spricht aber ein bekannter Führer, dann sind dieselben Genossen die laudlichsten Zuhörer.

Der Autoritätsglaube ist bei uns selbst leider noch sehr stark vertreten. Ich erinnere mich da der letzten Rede, die ich von August Bebel hörte: Anlässlich seines 70. Geburtstages hatten sich die Groß-Berliner Parteifunktionäre zu einer Feier in der Neuen Welt versammelt. Bebel dankte in seiner Rede für alle Liebe und Verehrung, die man ihm erzeigte, wehrte aber mit aller Entschiedenheit ab, daß er etwa alle Erfolge als sein Verdienst in Anspruch nehmen solle und wandte sich mit aller Schürfe gegen den Autoritätsglauben. Er mahnte zum eigenen Denken. Jeder einzelne solle unabhängig bemüht sein, ein Apostel des Sozialismus zu werden.

Den Glauben durch Wissen zu ersetzen, muß auch heute noch wie vor unsere vornehmste Aufgabe sein. Alle Parteimitglieder sollten daran arbeiten, um so selbst die Möglichkeit zu erlangen, tätigen Anteil an den Diskussionen und Entscheidungen der Partei nehmen zu können.

Die Beschlüsse der kommunistischen Internationale werden in den nächsten Wochen Gegenstand der Diskussion in unseren Reihen sein. Kein Zweifel darüber, daß diese Frage mit aller Gründlichkeit behandelt werden muß, denn sie berührt das Leben der Partei und mehr. Da halte ich es für notwendig, gleich am Anfang die Mahnung auszusprechen, die Diskussion sachlich, aber nicht persönlich zu führen. Solange das Bestreben obwaltet, der Sache zu nahen, soll jedem weitest mögliche Freiheit gegeben werden, frei und ungehindert seine Meinung zu vertreten, auch wenn sie zufällig dem einen oder anderen nicht gefällt. Die Auseinandersetzungen in der Partei dürfen aber nicht herabsinken zum Gezänk und Personenstreit.

Parteilgenossen! Es darf nicht so weit kommen, daß es zur Unmöglichkeit wird, ehrlich und offen seine Ansicht zu vertreten, ohne nicht mit den gehässigen und persönlichsten Mitteln angegriffen und verächtlich zu werden. Was bedeutet hier Personen, wo es sich um die wichtigsten Dinge handelt? Wohin soll es führen, wenn Parteimitglieder sich hinstellen und andere verächtlichen, daß sie nur für ihre eigene wertige Person arbeiten? Es ist unerträglich, wenn in der Sonntag-Versammlung der K. P. D. im Zirkus Busch, in der Bericht erstattet wurde über die Verhandlungen der kommunistischen Internationale in Moskau, ein U. S. D.-Mann namens Stahlberg sich hinstellt und sagt: „Crispien weint in der Freiheit nicht Tränen um die Partei, sondern um seine eigene Person.“

Damit erweist man der Sache den aller schlechtesten Dienst. Wenn ich der Überzeugung bin, daß meine Partei nicht den rechten Weg wandelt, dann trete ich in ihren eigenen Reihen auf und kämpfe für meine Auffassung, stelle mich aber nicht in öffent-

licher Versammlung hin, noch ehe meine Partei gesprochen hat, verunglimpfe die eigenen Genossen und ernte damit billige Befall. Das darf nicht einreißeln, sonst wird jede gedehnte Diskussion verhinndert und vergiftet. Die Dinge sind zu ernst, um so behandelt zu werden. Wer da glaubt, öffentlich auftreten zu können und zu müssen, soll auch das nötige Verantwortungsbewußtsein besitzen. Und noch einmal sei es gesagt, man soll auch etwas von den Dingen verstehen, über die man sich anmaßt zu sprechen. Nicht das Gefühl, der Vorstand soll entscheiden!

### Die Gewerkschaftsbewegung, die Betriebsräte und die III. Internationale

(Schluß.)

II.

1. Der Wirtschaftskampf des Proletariats für die Erhöhung des Arbeitslohns und die allgemeine Besserung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse gerät täglich tiefer in eine Sackgasse. Die wirtschaftliche Zerrüttung, die in immer ausgedehnterem Maße ein Land nach dem anderen ergreift, zeigt sogar den zurückgebliebenen Arbeitern, daß es nicht genügt, für die Erhöhung des Arbeitslohns und für die Verkürzung des Arbeitstages zu kämpfen, daß die Klasse der Kapitalisten mit jedem Tage weniger imstande ist, die Volkswirtschaft wiederherzustellen und den Arbeitern auch nur die Lebensbedingungen zu sichern, die sie ihnen vor dem Kriege gab. Aus dieser wachsenden Erkenntnis der Arbeitermassen entspringt ihr Bestreben, Organisationen zu schaffen, die den Kampf zur Rettung der Wirtschaft durch eine Arbeiterkontrolle der Betriebsräte über die Produktion aufnehmen können. Das Streben nach der Schaffung von Betriebsräten, das die Arbeiter der verschiedensten Länder mit jedem Tage mehr ergreift, nimmt seinen Ausgangspunkt von den mannigfaltigsten Ursachen (Kampf gegen die konterrevolutionäre Bureaucratie, Entmutigung nach gewerkschaftlichen Niederlagen, Bestrebung zur Schaffung einer alle Arbeiter umfassenden Organisation), aber es mündet schließlich in den Kampf um die Kontrolle der Industrie, die besondere historische Aufgabe der Betriebsräte. Es ist daher ein Fehler, Betriebsräte nur aus solchen Arbeitern organisieren zu wollen, die schon auf dem Boden der Diktatur des Proletariats stehen. Im Gegenteil, Aufgabe der kommunistischen Partei ist es, auf Grund der wirtschaftlichen Zerrüttung alle Arbeiter zu organisieren und sie zum Kampf für die Diktatur des Proletariats zu bringen, vermittelst Erweiterung und Vertiefung des ihnen allen verständlichen Kampfes für die Arbeiterkontrolle über die Produktion.

2. Diese Aufgabe wird die kommunistische Partei lösen können, wenn sie im Kampf der Betriebskomitees in den Massen die Erkenntnis vertieft, daß die planmäßige Wiederherstellung der Wirtschaft auf der Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft, die eine neue Unterjochung durch den Staat zugunsten der kapitalistischen Klasse bedeuten würde, jetzt unmöglich ist. Eine den Interessen der Arbeitermassen entsprechende Organisation der Wirtschaft ist nur dann möglich, wenn der Staat sich in den Händen der Arbeiterklasse befindet, wenn die feste Hand der Arbeiterdiktatur an die Befestigung des Kapitalismus und an den neuen sozialistischen Aufbau gehen wird.

3. Der Kampf der Betriebskomitees gegen den Kapitalismus hat als nächstes allgemeines Ziel die Arbeiterkontrolle über die Produktion. Die Arbeiter eines jeden Unternehmens, eines jeden Industriezweiges leiden unabhängig von ihrem Beruf unter der Sabotage der Produktion durch die Kapitalisten, die es häufig für vorteilhafter erachten, auf die Fortsetzung der Produktion zu verzichten, um die Arbeiter durch Hunger zu zwingen, auf die drückendsten Arbeitsbedingungen einzugehen, oder um nicht neue Kapitaleinlagen in die Produktion zur Zeit der allgemeinen Teuerung zu machen. Der Schutz gegen diese Sabotage der Produktion durch die Kapitalisten verknüpft die Arbeiter unabhängig von ihren politischen Überzeugungen, und daher sind die von allen Arbeitern des betreffenden Unternehmens gewählten Betriebsräte die allerersten Massenorganisationen des Proletariats. Aber die Desorganisation der kapitalistischen Wirtschaft ist ein Ergebnis nicht nur des bewussten Willens der Kapitalisten, sondern in weit höherem Grade ein Ergebnis des unaufhaltsamen Zerfalls des Kapitalismus. Daher werden die Betriebsräte in ihrem Kampf gegen die Folgen dieses Zerfalls über die Grenzen der Kontrolle auf den einzelnen Betrieb hinausgehen müssen, die Betriebsräte der einzelnen Betriebe werden bald vor der Frage einer Arbeiterkontrolle über ganze Industriezweige und über deren Gesamtheit stehen. Da aber auf den Versuch der Arbeiter, die Versorgung der Fabriken mit Rohstoffen, die Finanzoperationen der Fabrikunternehmer zu kontrollieren, die Bourgeoisie und die kapitalistischen Regie-

rungen mit den energigsten Maßregeln gegen die Arbeiterklasse antworten werden, so führt der Kampf für die Arbeiterkontrolle über die Produktion zum Kampf für die Befreiung der Macht durch die Arbeiterklasse.

4. Die Agitation für die Betriebsräte muß so geführt werden, daß im Bewußtsein der breitesten Volksmassen, auch wenn sie nicht direkt zum Fabrikproletariat gehören, die Überzeugung Wurzeln faßt, daß die Schuld an der Zerrüttung bei der Bourgeoisie liegt, während das Proletariat, indem es die Parole der Arbeiterkontrolle über die Industrie ausbildet, für die Organisation der Produktion, für die Befreiung der Spekulation, der Desorganisation und der Teuerung kämpft. Aufgabe der kommunistischen Parteien ist der Kampf für die Kontrolle über die Produktion auf Grund der brennendsten Tagesfragen, auf Grund des Geldstoffmangels, auf Grund des Bestands des Transportwesens, durch Vertiefung der vereinigten Teile des Proletariats untereinander und durch Hinüberziehen breiter Kreise der Kleinbourgeoisie auf ihre Seite, der Kleinbourgeoisie, die mit jedem Tage mehr proletarisiert wird und tatsächlich unerhört unter dem wirtschaftlichen Zerfall leidet.

5. Die Betriebsräte können die Gewerkschaften nicht ersetzen. Nur im Prozeß des Kampfes können sie sich über die Rahmen einzelner Betriebe und Wirtschaften nach Produktionszweigen vereinigen, einen allgemeinen Apparat zur Leitung des ganzen Kampfes schaffen. Die Gewerkschaften sind schon jetzt zentralisierte Kampforgane, obgleich sie nicht so große Arbeitermassen umfassen wie die Betriebskomitees dies tun können, die eine allen Arbeitern des Unternehmens zugängliche feste Organisation sind. Die Verteilung der Aufgaben unter die Betriebskomitees und die Gewerkschaften ist ein Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung der sozialen Revolution. Die Gewerkschaften organisieren die Arbeitermassen für den Kampf auf Grund der Forderungen von Lohnhöhung und Verkürzung des Arbeitstages in gesamtstaatlichem Maßstab. Die Betriebskomitees organisieren sich für die Arbeiterkontrolle über die Produktion, für den Kampf gegen die wirtschaftliche Zerrüttung, umfassen alle Arbeiter der Unternehmen, aber ihr Kampf kann nur allmählich einen gesamtstaatlichen Charakter annehmen. Nur in dem Maße, wie die Gewerkschaften die konterrevolutionären Tendenzen ihrer Bureaucratie überwinden, wie sie bemüht zu Organen der Revolution werden, haben die Kommunisten das Bestreben, die Betriebsräte zu Betriebsgruppen der Gewerkschaften zu machen, zu unterbinden.

6. Die Aufgabe des Kommunisten besteht darin, sowohl die Gewerkschaften als auch die Betriebsräte mit dem gleichen Geist entschlossenen Kampfes, mit Erkenntnis und Verständnis für die besten Methoden dieses Kampfes, d. h. mit dem Geist des Kommunismus zu erfüllen. Indem sie diese Aufgabe ausführen, müssen die Kommunisten die Betriebsräte und die Gewerkschaften tatsächlich der Leitung der kommunistischen Partei unterordnen und auf diese Weise ein Massenorgan der Proletariat schaffen, die Basis für eine mächtige zentralisierte Partei des Proletariats, die alle Organisationen des proletarischen Kampfes umfaßt, sie alle denselben Weg führt zum Sieg der Arbeiterklasse durch Diktatur des Proletariats zum Kommunismus.

7. Indem die Kommunisten aus den Gewerkschaften und den Betriebsräten mächtige Massen der Revolution bilden, bereiten sie diese Massenorganisationen zu der großen Aufgabe, die ihnen nach der Aufrichtung der proletarischen Diktatur zufallen wird, zu der Aufgabe des Hauptelementes der Neuorganisation des Wirtschaftslebens auf sozialistischer Basis vor. Die Gewerkschaften als Industrieverbände ausgebaut, auf die Betriebsräte als ihre Fabrikorganisationen gestützt, werden dann die Arbeitermassen mit ihren Produktionsaufgaben bekannt machen, die erfahrenen Arbeiter zu Leitern der Betriebe ausbilden, sie werden die technischen Spezialisten unter Kontrolle nehmen und zusammen mit den Vertretern des Arbeiterstaates die Pläne der sozialistischen Wirtschaftspolitik entwerfen und durchführen.

III.

Die Gewerkschaften streben schon zur Friedenszeit nach internationaler Vereinigung, denn die Kapitalisten greifen bei Streiks zur Heranziehung von Arbeitern aus anderen Ländern als Streikbrecher. Aber die Internationale der Gewerkschaften war vor dem Kriege nur von untergeordneter Bedeutung. Sie strebte die finanzielle Unterstützung einer Gewerkschaft durch die andere, die Organisation einer sozialen Statistik an, nicht aber die Organisation des gemeinsamen Kampfes, denn die von Opportunisten geleiteten Gewerkschaften suchten jedes revolutionäre Gesicht von internationalem Umfang zu vermeiden. Die opportunistischen Führer der Gewerkschaften, die während des Krieges, jeder in seinem Lande, Lakaien der Bourgeoisie waren, streben nun die Wiederherstellung der Gewerkschaftsinternationale an und versuchen aus ihr eine Waffe für den Kapitalismus gegen das Proletariat zu machen.

### Die schwere Stunde

Roman

Victor Panin

Das ist nicht ein Lieb, sondern halb Seufzen, halb Schluchzen einer gequälten, wahrhaft in der Taiga verirrten Seele. Indem ich zuhöre, denke ich:

Mein Gott, gibt es in dieser Welt ein zweites Volk, das fähig wäre, solch quälend wehmütige Lieder zu schaffen, die eine solche Uferlosigkeit, eine solche Verzweiflung über das graue Erdenleben atmen und die von einer solch brennenden Sehnsucht nach traumhaftem Glück erfüllt sind. Ich zweifle daran, da kein Volk ein so schweres Schicksal ... wie das russische zu tragen hatte, und in den Liedern bestingt es ja sein Schicksal.

Immer von neuem wiederholt Njussia ihr krankhaftes Lieb. In meiner Brust schwingen und erzittern neue, mir unbekannte Saiten, die mir Tränen entlocken. Ich Greis bin nahe daran, aufzuschreien. Es übersteigt meine Kräfte, länger zuzuhören, ich stehe auf und gehe in das Nebenzimmer zu Njussia. Von hinten trete ich auf sie zu, umarme sie, lege die eine Hand um ihren Hals und streiche mit der anderen über ihr glatt gekämmtes Haar. Das Seufzerlied bricht ab. „Ach, mein Mädchen, weshalb reißt du mit diesem Liede die Wunden wieder auf?“

Sie schließt die Augen und drückt müde den Kopf an meine Brust. Nach langem Schweigen sagte sie leise:

„Es tut wohl, wenn man darin wühlt ... soll es nur schmerzen ... man fühlt, wie es nagt und nagt ...“

Sie immerfort lieblosend, denke ich: das ist etwas rein Russisches, die Wunde niemals zuzunähen zu lassen, sondern sie immer wieder aufzureißen.

Ich will diesen Augenblick der plötzlich eingetretenen Annäherung benutzen, um zu versuchen, den Schmerz ihrer Wunden mitzufühlen, sie zu stärken, sie zu süßen ...

„Ich begreife nicht, Njussia, daß du so finster, so menschen-scheu bist ... immer in den Zimmern umherstreichend?“

Nach fester preßt sie sich an meine Brust, und in diesem Augenblick fühle ich die frühere, kleine Njussia, die auf meine Knie gekrochen kam, ihr Köpfchen an meine Brust verstaute.

Jetzt weint sie nicht, scheinbar hat sie schon alle Tränen ausgemeint, sondern sie erhebt den Kopf von meiner Brust, lehnt sich zurück und flüstert leise, mit Furcht in den Augen und in der Stimme:

„Väterchen, ich fürchte ... fürchte mich ...“

„Ich bin verblüfft. Vor wem fürchtest du dich, meine Kleine?“

„Dich fürchte ich, Väterchen ... deine Augen ... sie sind wie die Augen Christus ... Und das Leben fürchte ich auch ... weshalb tritt es so drohend heran? Es erdrückt mich Väterchen, es wird mich zerbrüden! ...“ fügt sie mit gebrochener Stimme hinzu.

„Ich finde keine Worte, und gibt es überhaupt in der Welt Worte, die sie in diesem Augenblicke trösten könnten? ... Ich zweifle daran ...“

Wenn die Jugend ins drohende Antlitz des Todes sieht, wenn ihre Seele vor bisher noch nicht erlebtem, wahn-sinnigem Schrecken erstarrt, dann kann man sie nicht trösten ... Fast mit Gewalt drücke ich sie von neuem an meine Brust, damit sie wenigstens den Schlag meines Herzens fühlt, damit sie fühlt, daß nicht sie allein sich quält, verblutet, daß sie nicht ganz einsam ist ...

Stille ringsum ... wir beide fühlen den Schlag des verwundeten Lebens um uns ...

„Wohlich fragst sie mich:“

„Väterchen, ist das Leben immer so schonungslos düster und unglücklich gewesen? ...“

„Ich will nicht lügen:“

„Immer, mein Mädchen, immer war es ein grauer, sinn-loser Witzwarr ... Immer drehte sich der Mensch ziellos in diesem Chaos ... immer gab es Tränen, Blut ... und Seufzen und Schluchzen sind die ewige Musik des Lebens. Und weißt du, die Menschen haben es selbst geschaffen, da ihre Herzen von Bosheit erfüllt sind, sie können nicht anders als quälen und sich quälen ...“

Wieder schweigen wir. Sie reißt den Kopf von meiner Brust, finstert zieht sie die Branen und die Stirne zusammen, blickt forschend in mein Gesicht und saßt mich mit der rechten Hand bei der Schulter, als fürchtete sie, daß ich vor der Antwort fliehen würde. Ich denke: jetzt bricht ein Sturm aus, nur zu gut kenne ich ja meine Njussia.

„Aber du? ... du?“ ... sagt sie mit bebender, kaum den Jörn bezwingender Stimme, „du schreibst ja anderes in deinen Büchern? ... Väterchen, du schreibst, das Leben sei herrlich! Voller Begeisterung hast du die Liebe besungen ...“

„Ich las, ich verstand dies, ich träumte ... ich betete dich an! ... jetzt habe ich aber im Leben gesehen, daß alles nur Schmutz ist, und nun spricht du auch anders ...“

Ich schrumpfe zusammen, ich schweige, und eine frostige Kälte dringt mir in die Brust ... ich wage es nicht, meine Augen zu Njussia zu erheben.

„Wohlich reißt sie sich zornig von ihrem Plaze los und fragt mit hysterischer Stimme, mit der rechten Hand meine Schulter schüttelnd:“

„Wo hast du betrogen, Väterchen? ... Und alle deine Bücher waren bloß Lüge? ... Wovon soll ich denn aber dann leben?“

Scheinbar hat sie dieses Aufbrausen ermüdet, ermüdet senkt sie den Kopf, erschläft nimmt sie ihre Hand von meiner Schulter und geht müden Schrittes, ihren angeschwollenen Leib weit vorausstellend, wie eine Ente hin und her wackelnd, aus dem Zimmer hinaus.

Ich weiß nicht, wie lange Zeit ich regungslos erstarrt da-saß, es muß aber lange gewesen sein, da es draußen schon Nacht ist.

Mein gewöhnliches, alltägliches Bewußtsein ist in dieser Zeit verstummt, abgestumpft. Ich dachte nicht, mein Kopf war leer, die äußeren Empfindungen existierten für mich nicht. Gleichzeitig aber reiften irgendwo im Innern, in den verborgensten, geheimsten Winkeln meiner Seele, ohne Teilnahme meines Willens und meines Bewußtseins, neue Gefühle und neue Entschlüsse heran ... Das verlebte Leben wurde von neuem Lichte beleuchtet, es wurde gleichsam be-graben, und ich, ein Lebender, aber Gefühlloser, wohnte dieser Begrubung ohne Schmerz und ohne Bedauern bei, ich sah, wie man jenes frühere Leben, voll Trug und Lüge, ins Grab verfenkte ...

War es eine Tür, die zugeschlossen wurde, oder fiel etwas zu Boden, ich fuhr vor einem Lärm zusammen. Ich erhob mich, zündete das elektrische Licht an und ging in mein Kabinett. Einem inneren Gebote gehorchend, trat ich an die Stiege mit meinen Büchern, trug sie in zwei Malen zum Kamin, schob den Sessel heran, nahm ein Bündel, und riß aus einem Buche mehrere Blätter heraus; aber meine Finger zitterten, und lange wollte es mir nicht gelingen, ein Feuer anzulegen. Als die Blätter schließlich andrangen und eine hohe, bläulich-goldene Flamme emporloderte, begann ich immer schneller und bestiger die Bücher zu zerreißen und sie ins Feuer zu werfen. Es wurde warm, meine erstarrten Finger erwarteten sich ... und die ganze Zeit, da ich die Bücher zerriß und sie in den Kamin schleuderte, waren Brust und Herz leer ... keine Spur von Mitleid oder Bedauern regten sich darin.

(Fortsetzung folgt.)

Unter der Führung von Begien, Jouhaux, Compere schaffen sie am Völkerverband ein Arbeitsbureau, dieser Organisation des internationalen Kapitalistischen Räuberwesens. Sie suchen in allen Ländern die Streikbewegung durch Gesetze zu erschöpfen, die die Arbeiter verpflichten, sich den Schiedsgerichten der Vertreter des kapitalistischen Staates zu unterwerfen. Sie suchen überall durch Abkommen mit den Kapitalisten Konzessionen für die qualifizierten Arbeiter durchzusetzen, um auf diese Weise die wachsende Einheit der Arbeiterklasse zu zerschlagen.

Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ist somit ein Stellvertreter der bankrotten Kräfte der zweiten Internationale. Die kommunistischen Arbeiter, die den Gewerkschaften aller Länder angehören, müssen im Gegenteil danach streben, eine internationale Kampffront der Gewerkschaften zu schaffen. Es handelt sich nicht um finanzielle Unterstützung im Streikfall, sondern darum, daß im Augenblick einer Gefahr, die die Arbeiterklasse eines Landes bedroht, die Gewerkschaften der anderen Länder als Organisationen der drei Massen zu ihrem Schutz streben, es unmöglich machen, daß die Bourgeoisie ihres Landes der Bourgeoisie eines anderen Landes Hilfe leistet, die sich im Kampf mit der Arbeiterklasse befindet. Der Wirtschaftskampf des Proletariats in allen Ländern wird mit jedem Tage immer mehr zum Revolutionskampf. Daher müssen die Gewerkschaften benutzt alle Kraft zur Unterstützung eines jeden Revolutionskampfes aufwenden, sowohl im eigenen Lande, als auch in anderen Ländern. Zu diesem Zweck müssen sie nicht nur in jedem anderen Lande die größtmögliche Zentralisierung ihres Kampfes anstreben, sondern sie müssen das im internationalen Maßstab tun, indem sie in die kommunistische Internationale eintreten, sich mit ihr zu einer Armee vereinigen, deren verschiedene Teile bei gegenseitiger Unterstützung gemeinsam den Kampf führen.

## Stimmen der Parteipresse

### „Leipziger Volkszeitung“

In einem zweiten Artikel „Führer, Diktatur oder Selbstbestimmungsrecht“ schreibt unser Leipziger Parteiblatt:

Was die Bedingungen auf internationalem Gebiet wollen, die schärfste Zentralisation die Diktatur einiger weniger Führer, das soll auch im nationalen Rahmen durchgeführt werden. Die der kommunistischen Internationale angehörigen Parteien sollen auf der Grundlage des Prinzips des demokratischen Zentralismus aufgebaut werden. Das Parteizentrum soll bestimmen. Mit der Fülle der Macht und den weitestgehenden Befugnissen ausgestattet, soll es den Parteigliedern seine Weisungen zugehen lassen, die mit effizienter Disziplin befolgt werden müssen. Diese Diktatur der Führerschaft hat bekanntlich in der deutschen kommunistischen Partei schon zu tiefen Spaltungen geführt. Die Zentrale der K. P. D. schaut auf eine arg ungeschickte Anhängerschaft. Die Spuren schreien. Die deutsche Arbeiterbewegung hat, nachdem sie die Eierchen der stramm zentralistisch organisierten Sozialistischen Organisation abgetreilt hatte, in ihren Schanzungen im großen und ganzen den richtigen Mittelweg zwischen Führerdiktatur und aktionsunfähiger Selbstständigkeit der Mitglieder gefunden. Nach diesem Prinzip ist auch die Organisation der Unabhängigen Sozialdemokratie aufgebaut, und wir glauben kaum, daß unsre Parteigenossen Geschmach an dem Moskauer Rezept finden werden. Sie werden sich das Mitbestimmungsrecht nicht nehmen lassen, das höchstens in dringenden Fällen, wo die Verzögerung der Aktion sie entwerfen und wirkungslos machen würde, von den Leitungen suspendiert werden darf. Wie so manches, was in Russland möglich ist, in Deutschland nicht möglich ist, wie das die Betrachtung der russischen Revolution dem aufmerksamen Beobachter deutlich zeigt, ist auch die Führerdiktatur, um ganz besonders, engbegrenzte Ausnahmepetitionen abgesehen, in Deutschland nicht möglich. Dazu ist der deutsche Arbeiter in langen Jahren Kampfes viel zu sehr an die Demokratie innerhalb der Bewegung gewöhnt worden. Russische Proletarier, denen die Traditionen der Selbstbestimmungsrecht noch im Blute fließen, die in der Zeit des Zarenismus, also bis vor wenigen Jahren Massenorganisationen mit Selbstverwaltung nicht aufbauen konnten, mögen bereit sein, sich der höheren Einsicht ihrer Führer fast bedingungslos unterzuordnen — die deutschen Proletarier werden ihr Selbstbestimmungsrecht so leicht nicht aufgeben.

Besondere Bedeutung gewinnt diese Forderung nach der Führerdiktatur noch durch den Punkt 20, wonach nicht weniger als zwei Drittel der Mitglieder des Zentralkomitees und aller wichtigen Zentralinstitutionen aus Genossen bestehen müssen, die, um es kurz auszudrücken, durchaus auf dem Standpunkt Moskaus stehen. Dieses also zusammengesetzte Zentralkomitee hätte dann diktatorische Gewalt und könnte alle Opposition innerhalb der Partei unterdrücken, jeden, der ihm nicht paßt, aus Vertrauensämtern oder auch gleich aus der Partei hinauswerfen — es wird ja zu immer wiederkehrenden Säuberungen der Parteimitgliedschaft durch Punkt 12 noch ausdrücklich verpflichtet. Dieses Zentralkomitee hätte aber auch unbeschränkte Verfügungsgewalt über sämtliche Parteiblätter. Gerade die bösen Erfahrungen, die während der Kriegszeit die Opposition mit den Verfügungsrechten des Parteivorstandes über einen großen Teil der Parteiblätter gemacht hat, die auf solche Weise vom Parteivorstand den Mitgliedschaften geraubt und rechtssozialistischen Minderheiten in die Hände gespielt wurden, werden die deutschen Genossen vor der Wiederholung eines solchen Zustandes warnen. Die Selbstständigkeit der einzelnen örtlichen Mitgliedschaften und Bezirke in der Gestaltung ihrer Presse ist eines der wesentlichen Grundrechte unserer Partei, dessen Bedeutung weit über die einer Regelung von Eigentumsrechten hinausreicht. Diese Selbstständigkeit der Einzelglieder bürgt dafür, daß die verschiedenen Richtungen, die in einer großen Partei stets sein werden und sein müssen, zu ihrem Rechte kommen, daß das geistige Leben der Partei in stetiger Blüte bleibt und daß so aus der Auseinandersetzung der verschiedenen Richtungen stets die einigende, sammelnde Plattform gestaltet wird. Es heißt das geistige Leben der Partei geradezu erlöten, wenn die Führerschaft nicht nur die Aktion betreiben, sondern auch die Grenzen der Partei-Diskussion vorschreiben darf.

### „Hamburger Volkszeitung“

Unter der Überschrift „Sine in die kommunistische Internationale“ schreibt unser Hamburger Parteiblatt:

Die Bedingungen, die in Moskau gestellt worden sind, müssen deshalb geprüft werden. Diesen Bedingungen gegenüber gibt es nur ein annehmbar oder unannehmbar, ein ja oder ein nein. Die Halbheit einer bedingten Annahme oder bedingten Ablehnung ist gegenüber diesen Bedingungen nicht mehr möglich. Diese Bedingungen aber sind kühl und sachlich zu prüfen. Nicht die Empfindlichkeit darf darüber entscheiden, ob sie anzunehmen oder abzulehnen sind. Die Betonung des Ehrenpunktes, wie sie bürgerlichen Organisationen und wie sie vor allem deutschen bürgerlichen Organisationen zu eigen ist, darf nicht wieder wie auf dem Leipziger Parteitag, bei der Prüfung der Frage des Anschlusses eine Rolle spielen. Wer diese Frage von dem Gesichtspunkt des Ehrenpunktes aus ansieht, zeigt damit vornehmlich, daß er durchaus besangenen ist in bürgerlicher Ideologie, und daß er in einer revolutionären Massenpartei nichts zu suchen hat.

Das kapitalistische System ist zum Untergang verurteilt infolge der Zerrüttung seiner Grundlagen durch den Krieg. Er ist noch mehr zum Untergang verurteilt dadurch, daß das Klassenbewußtsein der Arbeiter so mächtig angewachsen ist, daß ein Duden und die Hinneigen der bestmöglichen Bereicherung der Arbeiterklasse die notwendige Vorbereitung für die Fortexistenz des kapitalistischen Systems sein müßte, heute nicht mehr möglich ist. Das kapitalistische System aber bricht nicht von selbst zusammen, wie durch eine Naturkatastrophe geschehen, sondern die Arbeiter müssen die Volkstrecke des Urteilspruchs gegen das kapitalistische System sein. Der Klassenkampf ist es letzten Endes, der den Untergang des kapitalistischen Systems herbeiführt.

Auf diesen großen unvermeidlichen Endkampf zwischen Arbeiterklasse und Bürgertum muß eine revolutionäre Partei sich und ihre Anhänger einstellen. Sie muß völlige Klarheit in ihren Reihen schaffen über das Ziel, völlige Klarheit über die Kampfmethoden und die Notwendigkeit des Kampfes. Sie muß die Erkenntnis der Notwendigkeit der Revolution bei ihren Anhängern in Willen umsetzen. Sie muß ihre Organisation auf den Kampf einstellen

und sie so gestalten, daß sie ebenso zu einer Waffe gegen das Bürgertum wird, wie das Heer in der Hand des Bürgertums Waffe gegen die Arbeiterklasse ist.

Diese Vorbereitungen erfolgreich revolutionären Handelns sind in der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratie noch nicht gegeben. In ihren Reihen und vor allen Dingen in den Reihen ihrer Führer ist weder Einheit der Ideologie noch Einheit des Willens und des Handelns vorhanden. Revolutionäre Elemente stehen neben reformistischen und opportunistischen Elementen. In der ganzen Geschichte der U. S. P. D. hat sich herausgestellt, daß jede Aktion der Partei für die soziale Revolution durch diesen Dualismus von vornherein zur Unfruchtbarkeit verdammt war. In der gegenwärtigen Situation ist dieser Dualismus innerhalb der Unabhängigen Sozialdemokratie geradezu ein Hemmnis der revolutionären Entwicklung. Die Ereignisse der letzten Zeit und die Stellungnahme der Partei zu diesen Ereignissen gibt mannigfaltige Beispiele dafür.

Die „Hamburger Volkszeitung“ führt weiter aus, daß sich auch in der Presse diese innere Zerrissenheit wieder spiegelt. Die einflussreichsten und größten Organe der Partei, die „Freiheit“, wie die „Leipziger Volkszeitung“ würden systematisch dazu benutzt, um Verwirrung in die Köpfe der Arbeiterklasse zu tragen. Die Reinigung der Redaktionen sei eine innere Parteinowendigkeit. Die Ergänzung zu einer solchen Maßregel müsse darin bestehen, daß die Partei von allen opportunistischen Elementen gesäubert wird, die in derselben Richtung wirken, wie ein Teil der Parteipresse. Besonders Hilferding müßte abgestoßen werden, der der Werbung des revolutionären Sinnes der Arbeiterklasse entgegen gewirkt habe. Das Blatt fährt fort:

Nachdem aber diese Reinigung der Partei und der Parteipresse von den opportunistischen Elementen vollzogen sein wird, ist es notwendig, daß in der Tat die Partei zu einem festen Keil gemacht wird, der gegen die Stellung des Bürgertums vorgeht werden kann. An die Stelle der Direktionslosigkeit, die bisher in der Partei geherrscht hat, an die Stelle des Fehlens jeder zentralen Leitung muß eine straffe Zentralisation mit einer wirklich politisch leitenden Spitze treten. Wenn in den Bedingungen von Moskau eine solche Forderung aufgestellt wird, so begegnet sich auch in diesem Punkte wieder die Forderung mit dem, was sich immer mehr in der Unabhängigen Sozialdemokratie als Notwendigkeit herausstellt.

Wir sind uns keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß die große Masse der Arbeiter der U. S. P. D. diese Bedingungen großen Wert, wie wir sie bejahen, aber auch nicht darüber, daß die Durchführung dieser Bedingungen nicht ohne schwere Kämpfe innerhalb der Partei vor sich gehen wird. Um das, was hier als Bedingung gestellt wird, ist innerhalb der Partei zwischen dem rechten und dem linken Flügel während der ganzen Zeit, die die Partei überhaupt besteht, heftig gerungen worden. Diese Kämpfe werden nun fortgesetzt werden, nur daß die Ziele des Parteikampfes jetzt klarer herauszutreten werden als zuvor.

Die opportunistischen Elemente in der Partei, und mit ihnen der opportunistisch geleitete Teil der Parteipresse wird aufstehen über diese Bedingungen. Wir sind darauf gefaßt, eine wilde Explosion des Parteikadaverismus zu erleben. Keine Unterwerfung unter das Diktat von Moskau, das wird die Parole sein, unter der der Kampf von den Opportunisten aufgenommen werden wird. Aber wir halten den Opportunisten von vornherein entgegen, daß es sich nicht um ein Diktat von Moskau handelt, sondern um die Verwirklichung der Notwendigkeiten, die die deutschen revolutionären Arbeiter längst erkannt haben. Das Diktat von Moskau ist nichts anderes als das Diktat der deutschen Arbeiter gegen die opportunistischen Führer, und wenn der Opportunismus rebellieren will gegen diese Bedingungen, so wird das nichts anderes sein als der Ausbruch der Rebellion der opportunistischen Führer gegen den revolutionären Willen der Arbeiter.

Notwendiger denn je zuvor ist heute die Durchführung der Reinigung der Partei von allen opportunistischen Elementen, die Durchführung einer straff zentralistischen Organisation, die Unterbindung aller opportunistischen Eigenmächtigkeiten. Die Rebellion der Gewerkschaftsführer der U. S. P. D. gegen die Partei, die wir eben erst erlebt haben, macht es ganz klar, daß keinen Augenblick mit der Arbeit an der Reinigung gezögert werden darf. Der linke Flügel der U. S. P. D. muß den Kampf gegen den Opportunismus durchkämpfen. Er hat bisher lange genug gesündigt und ist langmütig genug gewesen gegenüber den opportunistischen Tendenzen. Es ist Pflicht gegenüber der Weltrevolution, mit der größten Entschlossenheit und Entschiedenheit heute die Reinigung der Partei und die Eingliederung der Partei in der Weltorganisation der kommunistischen Internationale zu erkämpfen. Das bedeutet nicht Spaltung der Arbeiterklasse, sondern Einigung, nicht Zerreißen der revolutionären Front, sondern Schaffung einer Einheitsfront der revolutionären Arbeiter. Aus dieser Reinigung, die eine Notwendigkeit der Weltrevolution darstellt, muß in Deutschland die große deutsche kommunistische Massenpartei herauswachsen, die all die Truppen der revolutionären Arbeiter sammelt, die heute noch zerstückelt sind.

Reinigung der Unabhängigen Sozialdemokratie von den opportunistischen Elementen, Anerkennung der Bedingungen von Moskau, Eintritt in die Dritte Internationale, Zusammenschluß der revolutionären Arbeiter zu der großen deutschen kommunistischen Massenpartei, das ist die Parole für die revolutionäre Arbeiterklasse.

### „Ehringer Volksstimme“

Nach der Konferenz wird den Parteioptionen Gelegenheit zur Aussprache gegeben werden. Wir stellen unsere Kritik der Bedingungen bis zur Beendigung der Berliner Konferenz zurück. Hervorgehoben sei heute nur, daß diese Moskauer Bedingungen die härteste Entschloßung hervorrufen müssen. Vor allem aber die völlige bedingungslose Unterstellung unter das Exekutivkomitee, die Schaffung der geheimen Organisationen, die Auslieferung der Druckereien an den Parteivorstand, die Zersplitterung der Gewerkschaften und die ständigen Rehergerichte sind für uns Deutsche unannehmbar. Die geforderte Propaganda unter dem Militär, dem kristallisierten Bodensatz der alten Kaiserarmee, halten wir für zwecklos, den Bericht auf unseren alten Namen für entwürdigend. Aber diese letzten Bedingungen sind gegenüber den erstgenannten weniger von Bedeutung. Notwendig ist, daß die kommende Aussprache in aller Sachlichkeit und Gründlichkeit erfolgt. Jeder Parteigenosse, der sich für oder gegen den Anschluß an die dritte Internationale entscheidet, muß völlig darüber im Klaren sein, wofür er seine Stimme abgibt. Erkenntnis und nicht Stimmungsmache ist die Forderung der nächsten Monate. Wird allerorts nach diesem Grundsatz verfahren, dann wird die U.S.P.D. aus den Diskussionen über die Internationale neue Kraft jaugen und reifer und stärker aus ihnen hervorgehen.

### „Unabhängige Volkszeitung“ (Dresden).

Wir enthalten uns . . . noch des Eingehens auf die einzelnen Bedingungen. Im allgemeinen halten wir es aber für notwendig, folgendes auszusprechen: Die Partei befindet sich in einem noch keineswegs abgeschlossenen Gärungsprozess, der immer deutlicher die entscheidenden Punkte in den Erfordernissen des proletarischen Klassenkampfes herausarbeitet; die historische Entwicklung hat die U. S. P. mit Notwendigkeit auf der einen Seite vorangetrieben. Es ist immer mehr des Opportunismus und Reformismus, aus der alten Einheitspartei begrifflicherweise mit übernommen, abgetreilt worden. Dieser Prozess gilt es zu fördern, nicht aber zu hemmen, zumal die Neuinstellung auf die ganz anders gestarteten heutigen Zeit- und Kampfesverhältnisse gerade von den besten Köpfen der Arbeiterbewegung, den geschultesten und kenntnisreichsten Vertretern des Sozialismus gefordert wird. Diesem harten Akt der Neuorientierung haben sich diese Sozialisten, wenn auch nicht ohne Kampf mit sich und den anderen, gefügt, eben weil die Verhältnisse, nicht die menschliche Spekulation den Gang geschichtlicher Dinge bestimmen. Wir erinnern an Hilferdings gewechselte Stellung in der Frage Genf. Durch ultimatives Stof-Behalten, durch ein Diktat des Blöges oder Besessens wird dieser natürliche Prozess aber nicht gefördert. Man würde eine Reaktion gerade dort erzeugen, wo die Entwicklung selbst unermüdlich im Sinne der Revolutionierung der Geister gearbeitet hat und noch arbeitet, und man würde gerade jenen Teil der Parteibewegung, den mit fortzureißen unsere revolutionäre Pflicht ist, künstlich in das gegenwärtige Fahrwasser drücken.

gen. Wir würden jene Entwicklung an ihrem entscheidenden Punkt ab- und auseinanderreißen.

Das muß unbedingt nach unserer Überzeugung gesagt werden, auch wenn man noch gewisse Möglichkeiten einer Vereinigung mit der dritten Internationale sieht, da ja der eigentliche Bericht unserer Delegation noch nicht vorliegt. Aber auch das muß klipp und klar gesagt werden, daß der Endzweck unserer Bewegung niemals die Partei, sondern immer nur die soziale Revolution sein kann, die wir allerdings unter Führung der Partei durchzuführen gewillt sind.

### „Volkswacht“, Kofod.

Wir veröffentlichen im nachstehenden die vom Kongress angenommenen Aufnahmebedingungen kommentarlos, um eine unbeeinflusste Stellungnahme der Parteigenossen herbeizuführen. Betonen möchten wir aber, daß wir uns trotz der unerhörten Drohung des Punktes 21 der Bedingungen nicht von einer Kritik abhalten lassen werden, gerade, weil wir den Anschluß wünschen. Denn bei sorgfamer Prüfung finden wir, daß der 2. Kongress diese Bedingungen gestellt hat, um den Zusammenschluß des revolutionären Proletariats zu erschweren.

## Verbandstag des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten

### 1. Verhandlungstag.

Am Sonnabend, den 28. August, begann im großen Plenarsaal der Börse der 4. ordentliche Verbandstag des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten. Der Vertreter der österreichischen Bankbeamtenbewegung, Alina-Wien, der Vertreter der tschechoslowakischen Mandelst. Prag und der anwesende Vertreter der Schweiz Bieri-Zürich überbrachten die Grüße und Glückwünsche ihrer Organisationen. Sie betonten besonders die Schaffung einer internationalen Organisation der Bankbeamten auf freigewerkschaftlicher Grundlage. Der stellvertretende Verbandsvorsitzende Scholz begrüßte die erschienenen Delegierten sowie die Gäste.

Nach Festlegung der Geschäftsordnung sowie der Erledigung der üblichen geschäftlichen Angelegenheiten gab der Geschäftsführer des Verbandes Benno Marx den Geschäftsbericht. Marx ging in seinem Geschäftsbericht eingehend auf den prinzipiellen Charakter, den der Verband in seiner bisherigen Tätigkeit eingenommen habe, ein und betonte, daß nur das feste Festhalten an dem Standpunkt des prinzipiellen Klassenkampfes den Verband vorwärtsbringen könne. Die Unternehmer seien eifrig bemüht, die geschäftlichen Befugnisse der Betriebsräte zu annullieren, wie aus einem Schreiben der Darmstädter Bank hervorgehe. Marx entwarf dem Verbandstag ein Bild der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Lage Deutschlands und deren Auswirkungen auf die Angestelltenbewegung.

Das Bestreben der Geschäftsleitung sowie des Zentralvorstandes sei in der Berichtsperiode darauf gerichtet gewesen, für die Angelegenheiten des Mitbestimmungsrecht zu erkämpfen. Weiter hat die Verbandsleitung ihre ganze Kraft an die Schaffung eines einheitlichen Reichs-Tarifvertrages verwannt. Dazu wäre die Schaffung einer einheitlichen Organisation der deutschen Bankbeamten notwendig gewesen. Ein im Februar 1919 in Berlin zusammengetretenes Bankbeamtenparlament hatte diesen Gedanken begeistert aufgenommen.

Die Verschmelzungsverhandlungen, die mit dem Deutschen Bankbeamtenverein gepflogen wurden, mußten sich aber zerschlagen, weil sich zwei grundsätzlich verschiedene Weltanschauungen nicht unter einen Hut bringen lassen. Die Anhänger des D. B. V. folgeln noch gar zu sehr in dem Fahrwasser der bürgerlichen Ideologie und können deshalb die Wege und Ziele des Allgemeinen Bankbeamtenverbandes, der als freigewerkschaftlich auf dem Boden des prinzipiellen Klassenkampfes steht, nicht verstehen.

In ausführlicher Weise schildert Marx die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen um den Reichstarif, die in einzelnen großen Städten Deutschlands zu heftigen Kämpfen und Streiks der Bankbeamten geführt haben. Erst am 24. Juli d. J. ist durch Schiedsspruch vor dem Reichsarbeitsministerium der Reichstarif zustande gekommen, über dessen Annahme oder Ablehnung die Parteien sich bis zum 31. d. M. erklären müssen. Der Verbandstag würde darüber noch eine Entscheidung zu fällen haben. Marx kommt dann in ausführlicher Weise auf den Fall Emons zu sprechen. Dem Verbandstage liegen verschiedene Anträge vor, die Emons volles Vertrauen aussprechen und seine Wiedereinstellung als Geschäftsführer des Verbandes fordern. Am Schluß seines 2 1/2 stündigen Berichts betont Marx, daß auch die Bankbeamten endlich erkennen müssen, daß sie bei den kommenden Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit sich nicht abseits stellen dürfen. Deshalb müsse sich auch der Verbandstag entscheiden, ob die Organisation bürgerlich verfaßt werden soll, oder ob auch die Bankbeamten in den Reihen des Proletariats den prinzipiellen Klassenkampf gegen das Unternehmertum aufnehmen will. Nur der prinzipielle Klassenkampf könne den Sozialismus, die Beseitigung des Kapitalismus und dem Proletariat die Befreiung von seinen Ketten bringen. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Nach dem von Marx erstatteten Geschäftsbericht erhielt Stolpe vom Zentralvorstand das Wort zu einem Referat. In längeren Ausführungen kritisierte Stolpe die Haltung des Zentralvorstandes, ganz besonders der Geschäftsführer Marx und Emons. Während der Streikbewegung hätte dieser ein zu starkes Tempo eingeschlagen, so daß viele Bankbeamte nicht gefolgt sind. Auch seien viele Bankbeamte durch die politische Haltung Emons abgelenkt worden. Nach Schilderung vieler Einzelfälle kommt Stolpe zu dem Schluß, daß es nicht im Interesse der Organisation liegen würde, wenn Marx und Emons wieder als Geschäftsführer eingesetzt würden. Der Verband müsse als freie Gewerkschaft alle Bankangestellten in sich aufnehmen können.

Die nachfolgenden Diskussionsredner beschäftigten sich besonders lebhaft mit der Frage der Streiktaktik und der Haltung des Zentralvorstandes. Am 11 Uhr abends wurde die Sitzung auf Sonntag früh 9 Uhr vertagt.

### 2. Verhandlungstag.

Am Sonntag wurde die Debatte über den Geschäftsbericht unterbrochen und der dritte Punkt der Tagesordnung: Kassenwesen und Abrechnung, behandelt. Nach den Bestimmungen des Statuts wurde dieser Punkt unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt.

Gegen Mittag wurde die Öffentlichkeit wieder hergesteuert und die Debatte über den Geschäftsbericht fortgesetzt. In dieser Debatte kam es erneut zu Zusammenstößen zwischen der Opposition, der die Haltung des Vorstandes nicht gemähtig genug erscheint, und den Anhängern der Geschäftsführer Marx und Emons. Im Verlauf der Debatte nimmt auch Emons zu einer längeren Rechtfertigung des Wortes. Er unterstrich besonders, daß er Anhänger der politischen Neutralität der Gewerkschaften sei, dessen ungeachtet könne er sich als Gewerkschaftsführer nicht zum politischen Einmischen machen lassen. In ausführlicher Weise und unter lebhafter Zustimmung der Mehrheit des Verbandstages widerlegte Emons die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen. Unter starkem Beifall des Verbandstages betonte er, daß er freiwillig nicht zurücktreten werde. Die Personalfrage sollte hierbei völlig aus, er betrachte es nach wie vor als seine Aufgabe, die Organisation auf freigewerkschaftlicher Grundlage vorwärtszutreiben.

Nach einem Schlußwort des Geschäftsführers Marx gab ein Delegierter im Namen der Opposition die Erklärung ab, daß sie, trotzdem sie auf dem Boden des prinzipiellen Klassenkampfes stehen, es nicht verantworten können, daß der Verband einer demagogischen Leitung ausgeliefert werde. Aus diesem Grunde verließen sie den Verbandstag, ganz besonders auch, da dieser Verbandstag praktische Arbeit nicht leisten könne.

Die Abstimmung ergab 31 Stimmen für die Geschäftsführung des Vorstandes, ein Delegierter stimmte dagegen, die anderen Delegierten enthielten sich der Stimme.

Unter Heolster Annahme des Verbandstages vertagte der Vorsitzende Scholz die Sitzung auf Montag früh 9 Uhr.

# Betriebsräte

## Gruppenversammlungen der Betriebsräte

Die Gruppenversammlungen nachstehender Industriegruppen finden an folgenden Tagen statt:

### Chemische Industrie.

**Dienstag, den 31. August, abends 6 Uhr:**

Untergruppe 1. Chemische Präparate, Gasanlagen, Wasserwerke, Herstellung von Drogen und Apotheken, 2. Farbstoffindustrie, 3. Zucker-, Stärke-, Stärke- und Stärkeerzeugnisse, 4. Gummi-, Kautschuk-, Guttapercha-, Glimmer-, 5. Künstliche Blumen und Federn, 6. Elektrochemie. In der *Schulaustraße 10a*.

### Lebensmittel- und Genussmittelindustrie.

**Dienstag, den 31. August, abends 6 Uhr:**

Untergruppe 1. Bäckerei, Konditorei, 2. Futtermittelherstellung, Kaffee, Schokolade, Bonbon, Pfeffer, 3. Rohrzucker, Marmelade, Nudeln, Stärke, Obst, Gemüse, 4. Fleischverarbeitung, Schlachtvieh, Schlachtvieh, Wurstherstellung, Konserven, Fischverarbeitung und Fischkonserven, 5. Milch, Butter, Käseherstellung, 6. Getreide, Mühlenindustrie, Spiritus, Bier, 7. Tabakverarbeitung, 8. Hotel-, Restaurations-, Kaffeehausbetriebe. In der *Schulaustraße 10a* (Wilde Linienstraße).

### Textilindustrie.

**Dienstag, den 31. August, abends 6 Uhr:**

Untergruppe 1. Baumwoll-, Wolle-, Seiden-, 2. Textilwarenherstellung, 3. Textilmaschinenherstellung, 4. Textilmaschinenherstellung, 5. Textilmaschinenherstellung, 6. Textilmaschinenherstellung. In der *Schulaustraße 10a*.

### Landwirtschaft.

**Dienstag, den 31. August, abends 6 Uhr:**

Untergruppe 1. Landwirtschaft, 2. Landwirtschaft, 3. Landwirtschaft, 4. Landwirtschaft, 5. Landwirtschaft, 6. Landwirtschaft. In der *Schulaustraße 10a*.

### Banken und Handel.

**Mittwoch, den 1. September, abends 6 Uhr:**

Untergruppe 1. Bankwesen, Groß- und Einzelhandel, Bankgeschäft, Handels- und Gewerkschaftsbanken, 2. Bankwesen, 3. Bankwesen, 4. Bankwesen, 5. Bankwesen, 6. Bankwesen. In der *Schulaustraße 10a*.

Lagesordnung in allen Versammlungen: Wahl der Delegierten zur Generalversammlung und Wahl des Hauptauschusses.

Betriebsräte, welche noch nicht im Besitze der Legitimationen der Vereinigten Zentrale sind, müssen sich unverzüglich dieselben in der *Münsterstr. 24, 3. Trp.*, ausstellen lassen. Hierzu ist die genaue Angabe der Adressen der Betriebsräte, deren gewerkschaftliche und politische Organisationszugehörigkeit, sowie die Beschäftigtenzahl der Betriebe erforderlich. Die Büroräume der Zentrale sind geöffnet von 9 bis 4 Uhr.

In der Versammlung der Bau- und Steinindustrie am Freitag abend, *Schulaustraße 15*, ist ein Schirm abzugeben, denselben in der *Münsterstr. 24*, abzugeben.

**Betriebsräte! Mittwoch, den 1. September 1920, abends 6 Uhr,** findet in der *Schulaustraße 12*, die Konferenz der Vorstände und Obleute der Betriebe der Metallindustrie statt. *J. A. Albert Schwarz*, Vorsitzender des *V. A. der Anorr-Bremke*.

## Festsetzung der Sprechstunde des Betriebsrates

Es haben sich Verzögerungen in der Erledigung von Streitigkeiten aus § 76 WRG. wiederholt dadurch ergeben, daß die angeforderten Stellen (Schlichtungsausschuss, Gewerbeinspektor) sich für unzuständig erklärt haben. Das Reichsarbeitsministerium ist ersucht worden, zur Klärung dieser Frage gemäß § 101 WRG. Ausführungsbestimmungen zu erlassen. Das Reichsarbeitsministerium hat dies abgelehnt, sich jedoch im übrigen wie folgt geäußert:

Besonderer Ausführungsbestimmungen zu der Frage, wer bei Streitigkeiten über die Festlegung der Sprechstunden zuständig ist, bedarf es meines Erachtens nicht. Wenn das Gesetz die Frage, ob eine Sprechstunde innerhalb oder außerhalb der Arbeitszeit stattfinden soll, der „Vereinbarung“ überläßt, bringt es zum Ausdruck, daß hier im Streitfall nur die vermittelnde Tätigkeit des Schlichtungsausschusses einzugreifen hat, und daß nicht die in §§ 93, 94, 103 genannten Stellen endgültig entscheiden können.

Diese sind dagegen zuständig für die Entscheidung der Frage, ob die Voraussetzungen des § 76 für die Einrichtung überhaupt vorliegen, und auch für den Fall, daß die Sprechstunde innerhalb der Arbeitszeit vereinbart ist, sind für Streitigkeiten über die Einzelheiten der Sprechstunde (Ort, Häufigkeit, Zeit, wer erteilt die Sprechstunde? usw.) die in §§ 93, Ziffer 3, 94, 103 genannten Stellen zur Entscheidung berufen (vgl. z. B. den Kommentar von *Reichs*, § 76, Anmerkung 2c, und 6, wo die Entscheidung der beiden Arten von Streitigkeiten sorgfältig unterschieden ist).

Danach sind also, wenn eine Vereinbarung von Sprechstunden während der Arbeitszeit durch Verhandlungen im Betriebe nicht zustande kommt, die Schlichtungsausschüsse berufen, vermittelnd einzugreifen. Es handelt sich in diesem Falle um eine Streitigkeit im Sinne des § 66, Ziffer 3 bzw. § 73, Ziffer 5 WRG. Die auf Grund dieser Paragraphen gefällten Schiedsprüche sind bekanntlich nicht bindend.

Für Streitigkeiten über die Einrichtung der Sprechstunde, also zur Verfügungstellung eines Raumes, Beleuchtung und Heizung, sowie event. zur Verfügungstellung einer Hisstrast und einer Schreibmaschine, Lieferung von Papier, Tinte, Federn usw., d. h. für sämtliches Zubehör, das zur Abhaltung der Sprechstunden selbst notwendig ist, ist der Gewerbeinspektor zuständig, der ebenfalls dann anzurufen ist, wenn sich Streitigkeiten über die Durchführung einer Vereinbarung oder eines von beiden Teilen angenommenen Schiedspruches wegen Abhaltung der Sprechstunden ergeben. Es liegt im Interesse der Betriebsvertretungen, diese Streitigkeiten zu beachten, um sich unnötige Arbeit durch Anrufung solcher Stellen zu ersparen. Ebenso ist es dringend notwendig, bei Anhängigmachung von Streitigkeiten stets die richtigen Paragraphen des Betriebsratsgesetzes heranzuziehen, um der Gefahr der Fehlsprüche von vornherein vorzubeugen.

## Gewerkschaftliches

### Vorstände und Funktionäre der Gewerkschaften!

Am **Mittwoch, den 1. September, abends 6 1/2 Uhr**, findet in der *Neuen Welt*, Hainheide, eine Versammlung statt mit dem Thema: „**Betriebsorganisationen und freie Gewerkschaften**“. Referenten: *Fritz Schmidt* und *Ziska*. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgebungs. *J. A. G. Sabath*.

### Streik der Rohrleger

#### Am die Arbeiterschaft Groß-Berlins!

Die Rohrleger und Helfer Groß-Berlins treten heute in den Streik. Der bisherige Tarifvertrag lief am 31. Mai ab. Die Beschlüsse der Schlichtungskommission um einen neuen Vertrag scheiterten an der ablehnenden Haltung der Arbeitgeber. Diese erklärten bei den Verhandlungen, daß sie keinerlei Vorkerbündnisse bewilligen wollten. Der von den Vertretern der Schlichtungskommission beschrittene Weg, um durch die tariflichen Schlichtungsinstanzen zu einem Ausgleich zu kommen, scheiterte wiederum an dem Verhalten der Arbeitgeber. Diese lehnten den Schiedspruch des Einigungsamtes des Gewerbegerichts Berlin vom 18. Juni 1920 ab.

Infolge dieser Ablehnung wurde von der Organisationsleitung der tarifliche Schlichtungsweg beschritten. Der Schlichtungsausschuss Groß-Berlins fällt am 3. Juli einen Schiedspruch, der den Rohrlegern einen Stundenlohn von 1,15 M. und den Helfern

einen solchen von 1,90 M. brachte. Dieser Schiedspruch des Schlichtungsausschusses war um 20 Pf. niedriger als der des Einigungsamtes des Gewerbegerichts Berlin. Trotzdem stimmten die Rohrleger und Helfer diesem Schiedspruch zu. Die Arbeitgeber lehnten wiederum diesen Schiedspruch ab. Ein Versuch, den Demobilisierungskommissar zur Revisionsverbindlichkeitsklärung zu veranlassen, erzielte kein Ergebnis. Die Vertreter der Arbeitgeber erklärten bei den Verhandlungen, daß sie sich keinem Schiedspruch einer Schlichtungsinstanz fügen. Sie verfolgten die Tendenz, die Löhne abzubauen. Aus vertraulichen Verhandlungen der Arbeitgeber geht uns die Mitteilung zu, daß man die Absicht habe, im Herbst den Lohn der Rohrleger auf 5 M. herabzusetzen. Am diesen Plan durchzuführen zu können, hat man sich mit den schaftsmacherischen Elementen der Baukempner verbündet und eine Arbeitsgemeinschaft gegründet.

Der berechtigte Abwehrkampf der Rohrleger und Helfer Groß-Berlins hat für die gesamte Arbeiterschaft Groß-Berlins grundlegende Bedeutung. Es ergeht daher die Aufforderung an alle Bauarbeiter, Portiers und alle Hausfrauen Groß-Berlins, in den nächsten Tagen darauf zu achten, daß keinerlei Streitarbeit ausgeführt wird.

Zugang ist unbedingt fernzuhalten. Die Streikleitung der Rohrleger und Helfer Groß-Berlins befindet sich im Gemeinschaftshaus, Engel-Platz 18, und ist telefonisch unter *Moritzplatz 4407* zu erreichen. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Die Ortsverwaltung.

In der gestern im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Versammlung wurde der Streikbeschluss nach einem Referat des Gen. Ziele mit fünf Sechstel Majorität gefasst. Vertreter der Angestellten gaben eine Solidaritätserklärung ab.

### Massenentlassung bei der Berliner Parkverwaltung

Die Betriebsleitung bzw. der Magistrat Berlin beabsichtigt, die Zahl der Beschäftigten in der Parkverwaltung um mehr als 50 Prozent zu vermindern. Der Arbeiterrat hat seine Stellungnahme hierzu gegenüber der Betriebsleitung in folgender Resolution zum Ausdruck gebracht:

„In der Arbeiterratsitzung vom 19. August wurde festgestellt, daß etwa 650 Beschäftigte bei der Entlassung in Frage kommen würden. Der Arbeiterrat erhebt gegen diese Maßnahme entschiedenen Einspruch. Der Grund liegt lediglich nach dem Ausspruch der Betriebsleitung im Geldmangel. Der Etat für dieses Jahr sieht bereits eine große Einschränkung vor, infolgedessen die Unterhaltungsarbeiten nicht, wie gewünscht, erledigt werden konnten. Es steht zweifellos fest, daß es ausgeschlossen ist, mit den vorhandenen Kräften die unbedingt notwendigen Arbeiten auszuführen. Es wird hierbei abgesehen, daß viele durch die Kriegsjahre unterbliebenen Ausbesserungen an Wegen, Pflanzungen, Bänken, Gittern usw. nicht vorgenommen werden können.“

Andererseits ist es unbedenklich, daß in einem kommunalen Betriebe, wo Arbeit vorhanden ist, diese Maßnahmen getroffen werden, um dadurch die allgemeine Arbeitslosigkeit noch zu steigern. Der Arbeiterrat bittet auf diesem Wege die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung, insbesondere die sozialistischen, dafür einzutreten, daß obiges nicht Wirklichkeit wird.“

Wir finden es ebenfalls unverständlich, daß bei der jetzigen großen Arbeitslosigkeit die Berliner Parkverwaltung noch zu ihrer Vermehrung beitragen will. In dieser Beziehung kann ihr selbst der Charlottenburger Magistrat als Musterbeispiel vorgeführt werden. Dieser will zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Hochbau-, Tiefbau- und Parkverwaltung eine Reihe von Notstandsarbeiten als produktive Erwerbsloshilfe ausführen. Die Gesamtkosten stellen sich auf 19,6 Millionen. 6,3 Millionen sollen als öffentliche Zuschüsse aus Mitteln der produktiven Erwerbsloshilfe beantragt werden, während die Stadt den Rest von 13,3 Millionen übernimmt und aus einer später aufzunehmenden Anleihe decken will. Die im Jahre 1918 zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bewilligten 10 Millionen sind zum größten Teil verbraucht. Unter den Notstandsarbeiten befinden sich: Fertigstellung des Neubaus der Sophien-Charlotten-Schule, Umbau des städtischen Elektrizitätsamtes, Fortführung der Arbeiten an der Capriolbrücke, Herstellung eines Fußballplatzes auf dem Sportplatz Westend, und Herstellung eines Sportplatzes auf der Pferdewiesen im Schlosspark mit Sportbad und Ruberteichen, sowie Errichtung einer Badeanstalt, von Spiel- und Sportplätzen, Kindererholungsstätten unter gleichzeitiger Anhöhung eines Siedlungsgebietes in der Jungfernhede.

Wir meinen, daß auch in Berlin sich noch genügend Arbeiten ausführen lassen, so daß mindestens Entlassungen vermieden werden können.

### Die SPD.-Buchdrucker unter dem Schirm der „Berliner Volkszeitung“

Die „Berliner Volkszeitung“ läßt sich mal wieder aus Buchdruckerkreisen schreiben, daß die Kürzberger Beschlüsse in Gefahr seien, weil „gewisse Kreise“ am Werke sind. Ein Spatz für Götter. Die „Berliner Volkszeitung“ als Hüterin der Beschlüsse der Verbands-Generalsammlung. — Aber noch ein interessantes Stückchen leisten sich unsere Freunde der rechten Seite. Die „alte bewährte Gewerkschaftstaktik“ ist selbst ihnen nicht mehr zugängig genug. Und da die Arbeitsgemeinschaftsbewegung jetzt so offenkundig wird, so bietet man die alte Richtung wieder an zur „Gewerkschaftsarbeit auf neuer Grundlage“ und als „vertrauenswürdige Führer beim Beschreiten neuer Wege“. Man sieht allmählich ein, daß man mit der alten bewährten Gewerkschaftstaktik niemanden mehr einfängt, daher sucht man mit einer neuen Phrasologie die Massen der Buchdrucker zu täuschen. Und daß die „Berl. Volkszeitung“ dabei behilflich ist, alten Wein in neue Schläuche zu füllen, sollte den Kollegen zu denken geben. Stimmt daher für die Kandidaten der Opposition: *Koll. Tisch, Koll. Wille, Freudentreich*. Der Aktionsausschuss: *J. A. R. Schmidt*.

### Idyllische Zustände in den Selbstverwaltungskörpern

Man schreibt uns vom Zentralverband der Angestellten: Die neu gegründeten Augenhandelsstellen, die zum Teil schon seit mehreren Monaten bestehen, haben sich erst verpflichtet, Betriebsvertretungen wählen zu lassen, nachdem die Organisation Beschlüsse beim Reichskommissar erhoben hat. Wenn man nun glaubt, daß die Betriebsräte wählen und beeinflussen von den Geschäftsleitungen in diesen sogenannten Selbstverwaltungskörpern vorgenommen werden könnten, so irrt man sich. Einzelne Bevollmächtigte des Reichskommissariats versuchen mit allen Mitteln der Drohung und Einschüchterung, die Wahlen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Es ist aber nicht nur bei diesen Drohungen geblieben, sondern man hat auch schnell zu Maßnahmen gegriffen. Den Auseinandersetzungen vor dem Schlichtungsausschuss dagegen geht man gern aus dem Wege, indem man gleich hohe Abstandssummen den betreffenden Gemahrgenossen anbietet. Auch die Anbahnung zum Abschluß eines Tarifvertrages ist von einzelnen besonders reaktionären Herren in den Augenhandelsstellen zum Anlaß genommen worden, unter Androhung von Entlassung und Schließung der Stelle, den Abschluß eines Tarifvertrages zu unterbinden. Nichts wird der „Berr-im-Hause-Standpunkt“ in der jetzigen Zeit mehr vertreten, wie in einzelnen dieser Selbstverwaltungskörper. Dabei steht bereits fest, daß gerade diese verantwortlichen Personen den wenigsten Grund hätten, so aufzutreten, da uns inzwischen auch allerlei niedliche Dinge über ihr Geschäftsgebahren bekannt geworden sind.

Wir hoffen, daß bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen die Mehrheit der Herren Reichsbevollmächtigten mit uns der Ansicht sein werden, daß gerade in den Selbstverwaltungskörpern unserer Industrie die Rechte der Arbeitnehmer nicht mit Füßen getreten werden und daß ihr Einfluss dahingehend aufzuheben werden, derartige Übergriffe einzelner in die gehörigen Schranken zurückzuweisen. Sollten wir uns hierin getäuscht sehen, so werden wir mit Hilfe der Arbeitnehmervertreter in den Ausschüssen und Beiräten

der Augenhandelsstellen bzw. mit den hinter diesen stehenden Arbeitnehmern für Abklärung dieser Verhältnisse Sorge tragen. Es erweist bei uns nahezu den Eindruck, als ob man in diesen Kreisen ein Interesse daran hätte, die von der Industrie geforderte Auflösung der Augenhandelsstellen durch künstlich herbeigeführte Schwierigkeiten im Betriebe zu beschleunigen, oder um hierdurch zu verhindern, daß durch tatkräftige Betriebsvertretungen eine Kontrolle über die Tätigkeit der Augenhandelsstellen ausgeübt wird.

### Ein famoser Schlichtungsausschuss!

Vom Zentralverband der Film- und Kino-Angehörigen wird uns geschrieben:

Am 24. August er. klagte vor der Kammer 70 des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin ein Betriebssozialist für die Angestellten und Arbeiter eines aus zwei Firmen gemischten Betriebes der Filmindustrie auf Anerkennung des Tarifs und Zahlung der danach fälligen Löhne und Nachzahlungen. Der Vorsitzende der Kammer, ausgerechnet der Generalsekretär des Arbeitgeberverbandes, Dr. Friedmann, brachte es fertig, den Kläger zu fragen, ob der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin für diese Sache zuständig sei. (?) Nachdem ihm dies Abwägungsmanöver nicht gelungen war, müht die Parteien den Saal verlassen, damit sich die uneinige Kammer darüber schlüssig werden konnte, ob sie zuständig sei oder nicht. Wieder eingeschlossen, wurde den erstauften Parteien ein gefällter Spruch vorgelesen, obgleich weder das betreffende Thema genügend besprochen, noch aber nur bedeutungslos der Versuch gemacht worden war, eine Schlichtung herbeizuführen, was doch eigentlich Aufgabe des Schlichtungsausschusses sein sollte. Offenbar hatte der Vorsitzende, der ständig auf seine Taschenuhr sah, es sehr eilig fortzukommen.

Diese, jeder Beschreibung spottende Geschäftsführung des Vorsitzenden, ist eine Verhöhnung des ganzen Schlichtungsverfahrens und kann es dem Herrn Demobilisierungskommissar nur empfohlen werden, diesen Herrn Vorsitzenden sich etwas näher anzusehen und von seinem Amt zu entlassen. Das eine derartig partiell geführte Schlichtungssitzung nicht vertrauenswürdig wirken kann, wird sich jeder gesunde Menschenverstand sagen können. Die Beschwerde über diesen Vorsitzenden der Kammer 70, ist dem Herrn Demobilisierungskommissar unterbreitet worden und wäre im Interesse des ganzen Schlichtungswesens schnelle Hilfe von Seiten der zuständigen Instanz von außerordentlicher Wichtigkeit.

### Willkürakte der Unternehmer

Die Automaten-Schraubendreher der Firma Dr. Paul Meyer, *Ignaz-Str. 10*, die in Schicht arbeiten, sahen am Mittwoch, den 25. August, in einer Versammlung den Beschluß, am Donnerstag, den 26. August, eine gemeinsame Werkstatthaltung abzuhalten. Damit nur auch die Arbeiter eine Stunde früher gehen konnten, sollte dies der Direktion mitgeteilt werden. Dieser Beschluß wurde am Donnerstag vormittag 10 Uhr dem Meister *W. Delmeier* mitgeteilt. Nun wurde von der Firma durch Anschlag bekanntgegeben: „Wer um 1 Uhr den Betrieb verläßt, ist entlassen.“

Dieser Anschlag war nicht — vom Betriebsrat unterzeichnet worden. Die Arbeiter gingen um 1 Uhr zur Versammlung, nachdem man den Arbeitern zum größten Teile *Pastier* Scheine verweigert hatte. Als nun um 3 Uhr die andere Schicht die Arbeit aufnehmen wollte, prangte am Torweg ein Plakat des Inhalts, daß alle entlassen sind. Verhandlungen mit einem Verbandsvertreter lehnte der Betriebsleiter ab, bei Verhandlungen mit dem Betriebsrat weigerte sich die Firma, alle Arbeiter wieder einzustellen. Auch ein Betriebsratsmitglied wurde entlassen.

Für die Arbeitgeber bestehen nur Gesetze gegen die Arbeiter. Der brutale Willkür der Unternehmer ist die geschlossene Kampfeslinie der Arbeitnehmer entgegenzustellen. Nur nach der Erlämpfung des vollen Mitbestimmungs- und Kontrollrechtes aller Arbeitenden können die Verhältnisse geändert werden. Rüttelt die Saumeligen und Aengstlichen auf im Interesse der proletarischen Klasse.

### Redakteurwechsel in der Metallarbeiter-Zeitung

Infolge Differenzen mit dem Hauptvorstand resp. Beirat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist der auf dem letzten ordentlichen Verbandstag gewählte Redakteur, Genosse *Richard Müller*, aus der Redaktion der „Metallarbeiter-Zeitung“ ausgeschieden. Vom Vorstand und Ausschuss des Verbandes wurde darauf *Paul Ufermann* aus Düsseldorf in die Redaktion des Verbandsorganes berufen. Die beiden Redakteure der „Metallarbeiter-Zeitung“, *Paul Ufermann* und *Paul Haase*, geben in Nr. 34 der „Metallarbeiter-Zeitung“ eine programmatische Erklärung darüber ab, welchen Charakter sie dem Blatt zu geben beabsichtigen.

In dieser Erklärung bezeichnen sie die auf dem letzten Verbandstag angenommenen, in der sozialistischen Weltanschauung wurzelnden programmatischen Kundgebungen als die Grundlage und den Leitstern ihres Handelns. Davon ausgehend, wollen sie bemüht sein, die Probleme des modernen Zeitalters klar und scharf im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus zu behandeln.

Der Verbandstag brachte in einer Resolution zum Ausdruck, daß die gewerkschaftlichen Organisationen sich zu gewaltigen Industrieverbänden zusammenschließen müßten, um dadurch zum Fundament eines sich organisch entwickelnden Ratesystems zur wirtschaftlichen Betätigung zu werden. Die Schriftleitung der „Metallarbeiter-Zeitung“ erklärt dazu, daß sie in diesem Sinne arbeiten wolle. Sie betont aber ausdrücklich, daß das Ratesystem das Herrschaftsinstrument der Arbeiterklasse der Zukunft sein wird. Ausgebaut und geklärt nach wirtschaftlichen und politischen Grundlagen sollte es zu einem Organismus gestaltet werden, der geeignet ist, die Herrschaft der bestehenden Klasse in der Politik sowohl als auch im Wirtschaftsleben abzulösen und die sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Dies könne nur geschehen unter Mithilfe und tatkräftiger Förderung der revolutionären Gewerkschaften.

Um über die papierernen Bestimmungen des Betriebsrates gelehrt hinwegzukommen, müßte die Erfassung der jetzigen Betriebsräte durch die Gewerkschaften erfolgen. Die Schriftleitung lehnt es ab, das Ratesystem als ein Organisationsgebilde zu sehen, das über den Gewerkschaftsorganisationslehre steht. Die Erklärung belegt weiter, daß die Schriftleitung demütig sein wird, die Gewerkschaften auf den Boden des Klassenkampfes zurückzuführen; die Idee der Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmer wird prinzipiell abgelehnt.

### Am Schluß sagt die Erklärung:

Die ungestüme *Kraftliner-Riesenorganisation*, wie sie der Deutsche Metallarbeiter-Verband mit seinen 1750 000 Mitgliedern heute darstellt, soll in der „Metallarbeiter-Zeitung“ ihren bestmöglichen Ausdruck finden. Im Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wird die „Metallarbeiter-Zeitung“ eine scharfe Waffe, ein treuer Helfer und Berater sein. Darüber hinaus soll sie einen leuchtenden Wegweiser darstellen, der die deutschen Arbeiter hinausführt auf dem heutigen Wirral der Knechtschaft und Unterdrückung zur reinen Höhe eines freien Menschentums.“

### Befreiung von der Angestelltenversicherung!

Die Volksfürsorge schreibt uns: Ans wird mitgeteilt, daß vom Rentenausschuss alle Angestellten mit ihren Anträgen auf Befreiung von der eigenen Beitragsleistung abgewiesen werden, wenn sie nicht in der Lage sind, die notwendigen Dokumente jetzt sofort vorzulegen. Ein derartiges Verfahren entspricht nicht dem Gesetz und wird Veranlassung genommen werden, Beschwerde zu führen. Wir empfehlen allen, die sich durch Abschluß einer Versicherung, z. B. bei der Volksfürsorge, von der eigenen Beitragsleistung zur U. B. befreien wollten und noch nicht im Besitze des Versicherungsscheines sind, spätestens heute einen schriftlichen Antrag bei dem Rentenausschuss Berlin abzugeben. Dieser Antrag muß angenommen werden und ist damit die Frist gewahrt, da die Anträge auf Befreiung bis zum 1. September gestellt sein müssen.

Deutsche Telefonwerke, Abteilung Schreibmaschinenbau, Dienstag, 1 1/2 Uhr, Betriebsversammlung im Gemeinschaftshaus, *Neußerstr. 10*, Tagesordnung.

# Groß-Berlin

## Achtung! Arbeitslose!

Von gewissen Elementen wird versucht, die Arbeitslosen in besondere öffentliche Versammlungen zu locken. Alle diese Versammlungen sind nicht im Einverständnis mit dem Arbeiterverband einberufen und wir warnen daher alle Arbeitslosen, diese Versammlungen zu besuchen.

Der Arbeiterrat der Arbeitslosen, Klosterstraße.

## Grabreden

Zu dieser in unserer Zeitung wiederholt beregten Bemänglung der Unduldsamkeit gegenüber freidenkenden Genossen, geht uns von einem Neutöllner Leser nachstehende Mitteilung zu, nach welcher die Intoleranz sich nicht allein auf kirchliche, sondern auch auf reine Gemeindefriedhöfe zu erstrecken scheint. In Neutölln, so schreibt man uns, befinden sich zwei Gemeindefriedhöfe, Rudamer Straße und Mariendorfer Weg; beide unterliegen der „Ordnung der Stadtgemeinde Neutölln“ vom 1. April 1916. Im Absatz 4 dieser Verordnung heißt es: „Reden auf den Gemeindefriedhöfen an der Gruft bei nichtkirchlichen Leichenbegängnissen dürfen nur gehalten werden, wenn die Erlaubnis der zuständigen Polizeibehörde dazu eingeholt und der Erlaubnischein der letzteren spätestens eine halbe Stunde vor Beginn des Leichenbegängnisses dem Friedhofsvorstande übergeben ist. Grabreden ohne polizeiliche Erlaubnis zu halten, ist unter allen Umständen verboten. Der Friedhofsvorstand ist verpflichtet, derartige Reden sofort zu verhindern. Ebenso dürfen Grabreden und Gesangsaufführungen bei Leichenbegängnissen nicht gehalten resp. veranstaltet werden, wenn der Geistliche nicht zuvor dazu die Erlaubnis erteilt hat. Zu Gesangsaufführungen bei nichtkirchlichen Leichenbegängnissen ist ebenfalls die Genehmigung der Polizeibehörde (1) einzuholen.“ So heißt eine Friedhofsvorordnung in einem durchweg sozialistisch denkenden Arbeiterort Berlins aus. Eine Aufhebung resp. Abänderung dieser „Ordnung“ ist bisher noch nicht erfolgt, doch wollen wir wenigstens der Wahrheit gemäß anerkennen, daß sich seit der Revolutionzeit kein Mensch mehr an diese Vorschriften leitet und der Neutöllner Magistrat auch vernünftig genug ist, gegebenenfalls beide Augen zuzudrücken. Das Unangenehme ist nur, daß eine solche Ordnung noch existiert, für Gemeindefriedhöfe überhaupt existieren konnte. Die Sabotierung einer solchen Ordnung genügt nicht, es muß verhindert werden, daß immer das Demoflößchen über funktionierenden Rednern hängt. Unsere Genossen empfehlen wie förgern, die Friedhofsvorordnungen anderer Gemeinden einmal genauer anzusehen. Wer weiß, ob solche Zugänge nicht auch anderswo anzutreffen sind.

**Kommunale Kommission.** Sitzung der Betriebskomitee am Mittwoch, den 1. September, abends 6 Uhr, in der Bildungsschule, Schillerstraße 5/6. Zu dieser Sitzung werden die Verwaltungsbezirke Charlottenburg, Spandau, Bilmersdorf, Zehlendorf, Steglitz, Tempelhof, Schöneberg, Neutölln, Treptow, Cöpenick, Nichtenberg, Weißensee, Pantow und Reinickendorf ersucht, je einen Vertreter zu entsenden.

**Das nächste jüdische Volkstheater des Philharmonischen Orchesters** findet heute in der Brauerei Happold, Hasenheide Nr. 32-38, statt. Beginn des Konzertes 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr. Eintrittspreise 1 M.

**Neutölln. Ortsleiterarbeit.** Nach dem Beschluß der allgemeinen Versammlung aller Ortsleiter Neutöllns vom 22. Juli ist nunmehr der Ortsleiterarbeit, dessen Errichtung schon seit langem als durchaus notwendig angesehen wurde, ins Leben getreten. Ihm gehören an: Otto Hoffmann (U. S. P. D.), Bräusenborfer Str. 3, als Vorsitzender, Heinrich Sankt (S. P. D.), Bergstraße 139, als Schriftführer, sowie Otto Förster (U. S. P. D.), Wilmersdorfer Str. 8, Wilhelm Reichert (S. P. D.), Schillerstr. 44, Edgar Hill (U. S. P. D.), Pfeilstr. 24, Johanna Rege (U. S. P. D.), Thomasstr. 34, und Paul Steinke (U. S. P. D.), Eberstraße 32. Für den Ortsleiterarbeit bestimmte Schriftstücken sind zu adressieren: „Ortsleiterarbeit Magistrat Neutölln“. Es muß erwartet werden, daß der Verkehr zwischen Ortsleiterarbeit, den Ortsleitern, den Lehrkollegien und der Schulverwaltung ein lebhafter und antogender wird und sich zu fruchtbringender Arbeit im Interesse der Schule gestaltet. erscheint in Massen, es wird auch ein gewöhnlicher Abend geboten. Saalöffnung 6 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

**Charlottenburg.** Am Freitag, den 3. September, abends 6 Uhr, veranstaltet die Freie Bühne Charlottenburg (Mitglied des Deutschen Arbeiter-Theater-Bundes) unter Mitwirkung der Charlottenburger Liedertafel, sowie des Arbeiter-Musik-Vereins „Venetia“ im Volkshaus, Köpenicker Str. 4, für die Arbeitslosen Charlottenburgs eine Aufführung des revolutionären Dramas „Am Vorabend“ von Dr. Leopold Kämpf. Zur Dedung der Unkosten 50 Pf. Eintrittsgeld. Die Arbeitslosenkarte ist vorzulegen, jedoch haben die nächsten Angehörigen sowie Kinder über 12 Jahren Zutritt. Den Gesamteindruck überweisen wir der Kasse des Arbeitslosenrats Charlottenburg. Arbeitslose, Varnau. Stadterordnetenversammlung. Die erste Stadterordnetenversammlung nach den Ferien wies eine sehr umfangreiche Tagesordnung

auf. Unter anderen geschäftlichen Mitteilungen usw. verlangte eine Magistratsvorlage 3000 Mark für die Abkündigung in Ost- und Westpreußen. Unser Vertreter hob bei allem Interesse, welches auch wir für den guten Abgang der Abkündigung haben, hervor, daß die Sammlung von dem Deutschen Schuh- und Truhband, einer Organisation, von welcher wir nicht wissen, ob alle Gelder auch reiflich nur für die oben angeführten Zwecke verwendet werden, ausbleibt. Da wir absolut keine Kontrolle über die Verwendung haben, lehnen wir die Mittel ab. Die Vorlage wurde mit Hilfe der Rechtssozialisten angenommen. Bei der Vorlage wegen Einrichtung von zwei Wohnungen auf dem Wasserwerkgrundstück brachte unser Genosse Kaumann die unholdbaren Zustände im Wohnungswesen zur Sprache und verlangte energisches Eingreifen des Magistrats bei den großen Willensherrschaften usw. — Der Punkt, Bewilligung einer Entschädigung für Mehrreparaturen, gab unseren Genossen Veranlassung, auf die landläufige Beschaffenheit des Rechts usw. hinzuweisen. Der Mehrreparatur teilte mit, daß nicht nur die Zahlungsmittel zum Baden müßig und mangelhaft sind, sondern auch das Mehl hart mit Moden häufig durchsicht ist. Dingu kommt, daß die Bäckermeister das Mehl einfach in der warmen Backstube aufbewahren, nicht umschütten, weder ausheben, also so mit dazu beitragen, um das Brot noch ungenießbarer zu machen. Der Bürgermeister Jawohl als auch unser Genosse Knödel geistelten in gehörigsten Worten die Bequemlichkeiten und Nachlässigkeiten der hiesigen Bäckermeister, welche, wenn sie nur wollen, besseres Brot liefern können. Es wurde verlangt, daß in Zukunft sich die Mehrreparaturen auch auf die Backstube ausdehnen haben. — Die Magistratsvorlage wegen Aufnahme von einer Million Mark für den sofortigen Bau des Elektrizitätswerkes wurde bewilligt; damit wird nun endlich einem langerechten Wunsch und Bedürfnis Rechnung getragen, was für die Stadt in jeder Weise zum Vorteil sein wird. Leider magt der Kreis Niederbarnim Schwierigkeiten, indem dieser der Stadt Bernau die Benutzung seiner Straßen und Chaussees nur unter für uns unannehmbaren Bedingungen gestatten will, ein Beweis, daß auch trotz eines sozialdemokratischen Landrats immer noch Kräfte vorhanden sind, die bei jeder passenden Gelegenheit suchen, den Gemeinden die Fortentwicklung so teuer wie nur möglich zu machen.

**Ein Arbeiterwerk.** In der Marienstraße 60 zu Cöpenick, unweit Vendenhof, erhebt sich eine Kolonie von kleinen Sommerhäusern. Und mitten darin, wie die Glucke unter den Küchlein, ein größeres Gebäude mit Saal, Restauration, sowie Sommerwohnungen, Antikede- und Schantäumen in den oberen Stockwerken. Das ist die Seglerkolonie „Fraternitas“. Ein Arbeiterregler-Verein hat hier Lebertraktendes geschaffen. Gestern wurde das Klubhaus seinem Zweck übergeben und mußte der Kritik einer recht jahreswürdigen Gesellschaft standhalten. Hielt ihr auch Stand. Erhielten waren zahlreiche Worte der „Freien Arbeitervereinsung“. Man sah die Flaggen des „Vorwärts“, der „Freiheit“, der „Kollégia“ und der „Freien Arbeitervereinsung 1913“. Von den im Berliner Westsegeverband zusammengeschlossenen Arbeiter-Reglervereinen waren vertreten der „Seglerklub 1898“, sowie Mitglieder der „Freien Arbeitervereinsung der Tourneegler“. Der offizielle Teil des Festes wurde harmonisch verziert durch die Darbietungen eines Doppelquartetts der „Freiheitsbergrer Niederlass“. Auf dem Wasser fand trotz der rauhen Witterung ein Paradedaten der Segler statt, dem Wasserspiele des Arbeiter-Schwimmklubs „Welle“ in dem geräumigen Bootshafen folgten. Aus allen Reden klang der Stolz über das gelungene Werk und der Wunsch, einander als Arbeiterpartei und als Klassen-genossen näherzukommen.

**Darstellung.** Von den Kolleginnen und Kollegen der Knorr-Bremse fand für die Angehörigen der politisch Inhabitieren und Hinterbliebenen vom 1. März bis 31. August d. J. folgende Summen an den Arbeiter-Unterstützungsfonds abgeliefert worden: 4806,50 M., 4137,75 M., 3344,50 M., 3003, — M., 2403, — M., 3101, — M., 2861,50 M., 4196,25 M., 2150, — M., 2140, — M., in Summa: 32 021,50 M. Berlin, den 27. August 1920. Alfred Haack, Adolf Baer.

**Verhaftung eines Raubmörders.** Der Raubmord an der Witwe Thielemann in der Köpenicker Straße, über den wir wiederholt berichteten, ist jetzt vollständig aufgeklärt. Als Täter und Mitwisser hatte die Kriminalpolizei bereits einen 21 Jahre alten Landwirt Paul Pöser und einen 23 Jahre alten Freier Franz Heinrich festgenommen. Als Mittäter und Anstifter gesucht wurde nach ein 21 Jahre alter aus Strehlen gebürtiger Schlosser Otto Kiedel, der zuletzt bei der Ermordung als Schlafsucher gewirkt hat. Dieser wurde gestern bei einer Razzia in dem „Wesspelehaus“ am Andreasplatz festgenommen. Er wurde der Kriminalpolizei zugeführt und ist im ganzen geständig.

## Aus den Organisationen

- 1. Mittwoch, 7 Uhr, Generalsammlung im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 15. Vortrag des Genossen Stein über ausländische Politik. Die Mitglieder sind gebeten, sich zu diesem Zweck zu versammeln.
- 2. Mittwoch, 8 Uhr, bei Schwellhardt, Wile-Schillerstr. 24, Generalsammlung.
- 3. Mittwoch, 8 Uhr, Sitzung der politischen Kommission bei Schwellhardt, Wile-Schillerstr. 24.
- 4. Mittwoch, 7 Uhr, bei Dietrich, Reichsstr. 23, Generalsammlung der politischen Kommission.
- 5. Mittwoch, 7 Uhr, Nachbesprechung bei Gollis, Rammelsberg-Str. 4, Generalsammlung der Abteilungsleiter und Bezirksleiter hiesiger Kommissionen.

- 6. Mittwoch, 7 Uhr, Generalsammlung im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 15. Vortrag des Genossen Stein über ausländische Politik. Die Mitglieder sind gebeten, sich zu diesem Zweck zu versammeln.
- 7. Mittwoch, 8 Uhr, bei Schwellhardt, Wile-Schillerstr. 24, Generalsammlung.
- 8. Mittwoch, 8 Uhr, Sitzung der politischen Kommission bei Schwellhardt, Wile-Schillerstr. 24.
- 9. Mittwoch, 7 Uhr, bei Dietrich, Reichsstr. 23, Generalsammlung der politischen Kommission.
- 10. Mittwoch, 7 Uhr, Nachbesprechung bei Gollis, Rammelsberg-Str. 4, Generalsammlung der Abteilungsleiter und Bezirksleiter hiesiger Kommissionen.
- 11. Mittwoch, 7 Uhr, Sitzung der Bezirks-Erziehungs-Kommission bei Köpenicker Str. 4, von 3 bis 4 Uhr.
- 12. Mittwoch, 8 Uhr, bei Hübner, Schillerstr. 16, Nachbesprechung.
- 13. Mittwoch, 8 Uhr, bei Hübner, Schillerstr. 16, Nachbesprechung.
- 14. und 15. Mittwoch (Wahltag) (Karl-Liebknecht). Karten zu den Bezirksversammlungen im großen Schauspielhaus am Sonntag, den 6. September, von 11 Uhr, Konzert der Udo-Gesellschaft, Götterkonzert aus Prag (Klavier und russische Kompositionen), sind in der „Freiheit“-Expedition, Köpenicker Str. 4, zu haben. Preis 3 M.
- 16. und 17. Mittwoch, 7 Uhr, Generalsammlung sämtlicher Ortsleiter und deren Ortsleiter in der Halle der 80. katholischen Schule, Köpenicker Str. 15. Vortrag des Genossen Deiner Kollig.
- 18. Mittwoch, 7 Uhr, bei Gollis, Rammelsberg-Str. 4, Generalsammlung aller gebildeten und nichtgebildeten (Erziehungs-) Ortsleiter.
- 19. Mittwoch, 7 Uhr, große öffentliche Versammlung, Neue Welt, Köpenicker Str. 4. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. Tagesordnung: 1. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 2. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 3. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 4. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 5. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 6. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 7. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 8. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 9. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 10. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 11. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 12. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 13. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 14. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 15. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 16. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 17. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 18. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 19. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 20. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 21. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 22. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 23. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 24. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 25. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 26. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 27. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 28. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 29. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 30. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 31. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 32. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 33. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 34. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 35. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 36. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 37. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 38. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 39. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 40. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 41. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 42. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 43. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 44. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 45. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 46. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 47. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 48. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 49. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 50. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 51. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 52. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 53. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 54. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 55. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 56. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 57. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 58. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 59. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 60. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 61. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 62. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 63. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 64. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 65. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 66. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 67. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 68. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 69. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 70. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 71. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 72. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 73. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 74. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 75. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 76. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 77. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 78. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 79. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 80. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 81. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 82. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 83. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 84. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 85. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 86. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 87. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 88. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 89. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 90. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 91. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 92. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 93. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 94. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 95. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 96. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 97. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 98. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 99. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 100. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 101. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 102. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 103. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 104. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 105. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 106. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 107. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 108. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 109. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 110. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 111. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 112. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 113. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 114. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 115. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 116. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 117. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 118. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 119. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 120. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 121. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 122. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 123. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 124. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 125. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 126. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 127. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 128. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 129. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 130. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 131. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 132. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 133. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 134. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 135. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 136. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 137. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 138. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 139. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 140. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 141. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 142. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 143. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 144. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 145. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 146. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 147. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 148. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 149. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 150. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 151. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 152. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 153. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 154. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 155. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 156. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 157. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 158. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 159. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 160. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 161. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 162. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 163. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 164. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 165. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 166. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 167. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 168. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 169. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 170. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 171. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 172. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 173. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 174. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 175. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 176. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 177. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 178. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 179. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 180. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 181. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 182. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 183. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 184. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 185. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 186. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 187. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 188. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 189. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 190. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 191. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 192. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 193. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 194. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 195. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 196. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 197. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 198. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 199. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 200. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 201. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 202. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 203. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 204. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 205. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 206. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 207. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 208. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 209. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 210. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 211. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 212. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 213. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 214. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 215. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 216. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 217. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 218. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 219. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 220. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 221. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 222. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 223. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 224. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 225. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 226. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 227. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 228. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 229. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 230. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 231. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 232. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 233. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 234. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 235. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 236. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 237. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 238. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 239. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 240. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 241. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 242. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 243. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 244. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 245. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 246. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 247. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 248. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 249. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 250. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 251. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 252. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 253. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 254. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 255. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 256. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 257. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 258. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 259. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 260. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 261. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 262. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 263. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 264. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 265. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 266. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 267. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 268. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 269. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 270. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 271. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 272. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 273. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 274. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 275. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 276. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 277. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 278. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 279. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 280. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 281. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 282. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 283. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 284. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 285. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 286. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 287. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 288. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 289. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 290. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 291. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 292. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 293. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 294. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 295. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 296. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 297. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 298. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 299. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 300. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 301. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 302. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 303. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 304. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 305. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 306. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 307. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 308. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 309. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 310. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 311. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 312. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 313. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 314. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 315. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 316. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 317. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 318. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 319. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 320. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 321. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 322. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 323. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 324. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 325. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 326. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 327. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 328. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 329. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 330. Die politische Schule, Referent: Dr. Kuslinder und Dr. Wörschke. 331. Die politische Schule, Referent: Dr. Kus